

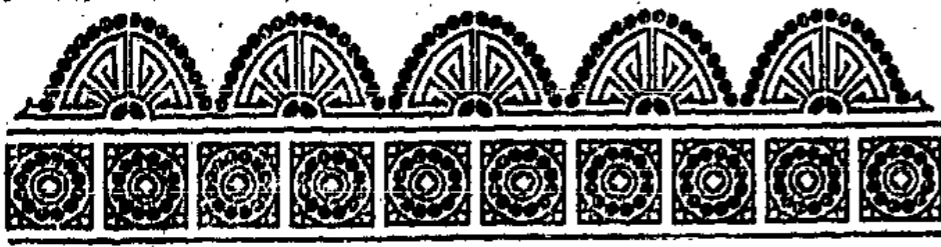
# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1 Mk., vierteljährlich 3 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Post- und Versammlungsinzerte kosten pro Seite 25 Pf. — Geschäftsberichte werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: J. Hansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wilmshäuser Straße 38-42, Telefon-Nr. 98 u. 80, Telegr.-Nr.: Arbeiterverband Bochum.



### Erlösergeburt.

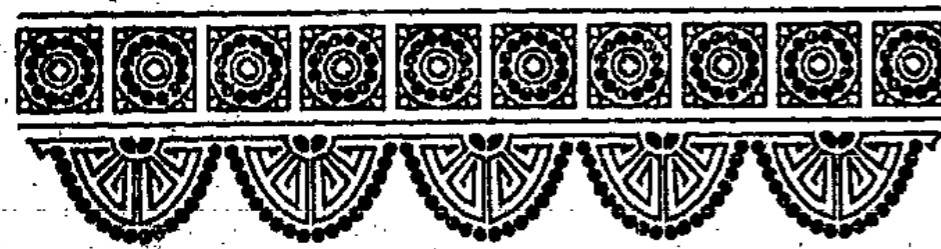
Schmerzgeschüttelte Erde, wundenbedeckt,  
Leidenbüchse und arm und eind und bloß,  
Die du in Wehen geschrien, nun hat sich entredt  
Atmende Frucht deinem fiebernden, glühenden Schoß.  
Die deine Völker geschlagen: Qualen und Not,  
Zeugten gewaltiges Leben aus Trümmern und Tod.

Was so lange in heimlichen Tiefen gebunden;  
Was geworden in langsam reisenden Stunden;  
Was von Hoffnung genährt in der Stille erblühte  
Und zum Lichte, zum segnenden Lichte sich mühte;  
Dem die Tore Jahre um Jahre verschlossen —  
Zauchend ist's einer stürmischen Stunde entsprossen.

Siehe, o Menschheit, was deine Erde gebar:  
Freiheit, die Traum dir und brennende Sehnsucht war;  
Die dich nun anblickt mit jungem, lebendigem Sinn:  
All ihr Gefesselten, glaubt es: ich bin, ich bin!  
All ihr Geknechteten, die euch die Freiheit mied,  
Glaubt: euren Ketten wurde der lösende Schmied.

Ueber die feuzende Demut und zornige Klage  
Red ich die Arme hinaus in die kommenden Tage,  
Führ ich euch rufend und ringend, der Arbeit geweiht,  
Zukunft erschauender frühlicher Wegebereiter,  
Hebe zur Sonne die düstergelbten Stirnen,  
Wecke die Lust und bewege die Kraft in den Hirnen.

Erde, o Erde, so voll von Gräbern und Gram,  
Sich, dein Erlöser, dein neuer Erlöser kam.  
Zünde die Lichter und schmücke den festlichen Baum,  
Schmücke der Herzen sorgenverdunkelten Raum.  
Der dir geboren, der uns in Stürmen genah,  
Kündet die heilige Botschaft: Erlösung ist Tat!  
Ernst Prezzang.



### Neue Weihnacht.

In dieser sturmbelegten Zeit, da alles stürzt, was für Ewigkeiten gemacht schien, wird die Weihnachtsfeier in ihrer alten Form einen ehrwürdigen Ruhepunkt bilden. Man wird wie immer einen grünen Tannenbaum in die Stube stellen, wird ihn mit glänzendem Flitter behängen, ihn mit Lichtern bestücken, wenn man welche hat, und wird mit den Kindern die alten schönen Weihnachtslieder singen, die uns sentimentalsten Deutschen nun einmal ans Gemüt gewachsen sind. Was Jahr für Jahr lieblich an das Ohr der immer hoffnungsvollen Menschheit klang: die sehnsüchtige Melodie des Friedens und der großen Harmonie, sie wird sich auch zu dieser Weihnacht wieder in unser Herz schleichen und — für kurze Stunden oder Minuten — das Krachen einer zusammenbrechenden Welt überklingen. Erinnerung, Traum, Hoffnung spinnen ihre magischen Schleiern um uns, und die überlebten Liederworte sind uns nur ein wohlklingender Schall, der freundliche Bilder in uns erregt, während draußen jene unerbittliche Katastrophe sich vollzieht, die tiefgenurzelte Institutionen spielend über den Haufen bläst. Es scheint ein Gegenjag und ist doch im Grunde Verwandtes, denn in beiden Vorgängen lebt das unaussprechliche, nie gestillte Verlangen nach Frieden und Glück. Wir genießen in der Weihnachtsstimmung einen Zustand, der erst noch werden soll, eine Zukunft, die sich erst löst vom Ueberkommenen.

Noch nie ist einer Generation so Ungeheures Erleben zuteil geworden wie uns. Alles, was die Geschichte der Menschheit an großen Ereignissen verzeichnet, verblaßt vor dem Geschehen der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart. Der Weltkrieg war kein Krieg wie die vorhergegangenen, und die aus ihm geborene Revolution hat auch ihr ganz besonderes Gesicht. In beiden wirkt das moderne Element der Massenhaftigkeit und einer neuen, gewaltigen Technik. Die Organisation schlägt die Schichten des einen wie der anderen. Der einzelne ein Nichts, die Kriegsmaschine rast über ihn hinweg, Kaiser, Könige, Fürsten verschwinden wie Marionetten; die Revolution tut sie mit einer Handbewegung ab. Wie unagbar lächerlich erscheint der blecherne Glanz auf den Helmbreibern der Generale und Staatsmänner — Kinderpielzeug, gut für den Zeitvertreib von Säuglingen. All der künstlich aufgefuehrte Nimbus der Autoritäten erlischt wie ein Licht im Sturmwind. Die hohlen Lorben starren uns an, und die mitteillose Wirklichkeit offenbart uns die irdischen Götter in ihrer ganzen Nichtigkeit oder gar als Lügner und Verbrecher.

Und indem sie die Träger und Anbeter der Faustgewalt und des Waffengözendienstes an den Pranger stellt, spricht sie zugleich ihr verdamnendes Urteil über die Politik der Gewalt selbst. Durch sie sind Millionen von Leben hingeworfen, Millionen verkrüppelt, Millionen mit Krankheit, Hunger, Elend geschlagen worden. Völker wütheten um eines Wahns willen gegeneinander, alle barbarischen Instinkte wurden aufgerüttelt — Instinkte, die eine dürstige Kultur mit dünnem Firnis überlächelt hatte. Die Stimmen der Vernunft fanden kein Ohr und friedliche Gesinnung ward zur Schmach gestempelt. Wer nicht mitlädierte in dem besinnungslosen Chor der Macht- und Gewaltgläubigen, war ein Landesverräter oder gehörte zu den „Friedensquerulanten“. „Schwachsachveranlagte, Schwachsachgewordene, Nichtmehrnormale“ — das waren die Ehren titles für jene, die Gebrauch von ihrer Vernunft machen wollten, weil sie meinten, Stich, Schlag und Schuß seien keine überzeugenden Argumente. Der Ausgang des unheilvollen Krieges gab diesen Zweiflern recht, und der brutale Gewaltgeist brachte sich selbst eine fürchterliche, vernichtende Niederlage bei. Wenigstens bei uns zu Lande. Daß er kein spezifisch deutsch-preussisches Gewächs ist, sondern auch in anderen Klimaten recht kräftig gedeiht, ist uns bei und nach dem Abschluß des Waffenstillstandes über die Mägen deutlich gemacht worden. Die herrlichen Siegesraketen von Versailles geben denen von Weiland Potsdam nichts nach. Aber vielleicht erleben auch die

Getvantenbeter auf der anderen Seite des Rheines noch den Augenblick, wo der allzu straff gespannte Bogen bricht und ihnen die Wahrheit aufgeht, daß es nicht nur eine Logik der Macht und der Waffen, sondern auch eine des Rechtes und der Vernunft gibt.

Ueber Deutschland brausen die erlösenden Weihnachtsschöre der Logik des Rechtes und der Vernunft mit stürmischem Atem hin und bewegen alle Volkskräfte rauschend in der Tiefe. Noch läßt sich ihre klare Gliederung nicht erkennen, noch ringen Strömungen verschiedener Art miteinander, noch schlagen heftige Wellen über das reitende Ufer. Gefahren von innen und außen bedrohen die junge Volksrepublik, und nur höchste Einsicht aller in die Schwierigkeiten einer grundlegenden Neugestaltung kann einen Rückschlag verhüten, kann die Erfolge der uralten Wandlung festhalten, sie ganz zum Ziele führen und ihre Früchte ernten. Wie diese beinahe friedlich zu nennende, fast unblutige Form der Umwälzung nicht möglich gewesen wäre ohne die jahrelang zehnjährige, disziplinierende Vorarbeit der Arbeiterverbände, so kann auch die Gestaltung der neuen Gesellschaft nur das Ergebnis eines wohlbedachten organisatorischen Aufbaues sein. Auch hier gilt das Wort — es gilt immer! — von der blinden Gewalt, die wohl zerstört, aber nie, nie, nie, nicht schöpferisch wirken kann! Das aber wollen wir doch: einen Neuba der menschlichen Gesellschaft errichten! Nicht ein arbeitverachtendes Schlaraffenland erstreben wir, sondern im Gegenteil ein freies, freudiges, von seiner Unfreiheit gehemmtes Schaffen!

In diesem Willen lag und liegt die Kraft der Arbeit, die alles von sich selbst erwartet. Sie ist es, die uns diese Weihnacht verkürrt, wie sie es war, die uns bis hierher geführt hat. Mag der äußere Glanz unserer Weihnacht in diesem Jahre auch nur aus spärlichen Lichtern strahlen, mag dem Leibe ein mageres Fest, den Kindern eine dürftige Feier werden — wir nehmen's hin als ein Muß, dem nicht auszuweichen ist. Aber in uns wird die desto heller leuchtende Hoffnung sein, daß unsere Strafe nun bergaufwärts führt, daß das lange erträumte Ziel sichtbar vor unseren Augen emporwächst und daß es jetzt vor allem an uns selber liegt, in Wäde zu ihm zu gelangen. Spähtigkeiten in den eigenen Reihen verlängern den Pfad; die Geschlossenheit des auf trieblichem Eroberungsmarsche begriffenen Arbeitsheres verbürgt den kürzesten Weg. Eintracht — sie wäre das beste Weihnachtsgeschenk für uns!

Die Kinder aber! Wurde ihnen je eine schönere Festgabe als die Zuersticht, in freiem Lande zu freien Menschen aufzuwachsen zu dürfen, umgeben von der Fürsorge einer Gesellschaftsordnung, die in der Jugend die kostbarste Saat allen Menschheitsgesehens jehen wird? Ihr vor allem winkt das neue Leben; denn auch ihre innere Entwicklung wird unter schöneren Sternen stehen als die unsere, die uns noch der ganze hemmende und verkrüppelnde Fluch einer volksfeindlichen Kapitalherrschaft traf, unsere Kräfte im mühseligen Ringen um Brot verzehrte und Geist und Seele mit irdischen Broden abbeißte. Ihr, der Jugend erst, kann wirkliche Kultur werden, die die barbarischen Zustände der früheren Geschlechter entwirzelt und den Menschen Kraft seiner Vernunft vom Götterdienst der Gewalt befreit. Sehend, wissend, denkend soll die Menschheit der Zukunft ihr Dasein leben, dem Willen hingegeben, Gutes zu schaffen, Wollenbetes zu wirken, in schöpferischer Veredelung alles Seienden den höchsten Gemuß zu finden — und in jedem Mitmenschen auf dem ganzen Erdenrund den Bruder zu achten, dessen Leben so kostbar ist wie das eigene.

Weihnachten! Wir sehen Lichtfluten von den Festbäumen der Zukunft zu uns dringen, hören das frohe Festgeläut zahlloser Gloden in den wilden, Gicht aufwärts ringender Kräfte klingen. Laßt uns nicht zweifeln — was auch an Steinen noch auf unfere Weg gewälzt werden mag! Die Geister sind erwacht, die Feinde der Freiheit gestürzt, und neue Sterne glänzen über allen Sütten.

Seid einig, einig, einig!

### Vor dem Abgrund!

„Nur die Arbeit erhält die Welt.“

Ueber vier Jahre hat der Krieg zerstörend und verrohend gewüthet. Durch Blut und Tränen ist die Menschheit jahrelang gewatet. Und sie ersehnte mit Inbrunn die Stunde, in der es heißen würde: „Die Waffen nieder!“

Anderer als sich die Vorkämpfer für einen Verständigungsfrieden die Waffenentledigung dachten, ist sie erfolgt. Deutschland, dessen Volk unerhörte Leiden ertragen, das sich vier Jahre gegen eine gewaltige, von seinen militaristischen Machthabern freventlich unterstüßte Uebermacht wehrte, hat den Krieg militärisch verloren und harret nun der Friedensbedingungen der Sieger.

Wenn wir uns, solange das Menschenmorden noch nicht begonnen hatte, mit all unserer Kraft gegen den Krieg gewandt, und wenn wir uns dann, als die Nordmaschinen wütheten, für die Landesverteidigung eingesetzt haben, so täten wir es in der Voraussetzung, daß das bestiegte Volk schwer zu büßen haben würde für die Sünden seiner Gewaltthaber. Wir wollten für kein Volk einen Gewaltfrieden, wir wollten den Verständigungsfrieden, das Ende der Kriegstreiberei überhaupt!

Was wir jetzt erleben und erdulden müssen, bekräftigt unsere schlimmsten Besürchtungen und rechtfertigt unsere Haltung im vollen Umfange. Deutschland ist der Uebermacht und dem anexionistischen Wahnsinn seiner Militaristen erlegen. Es steht vor dem Abgrund!

Aber noch können wir uns vor dem Untergang retten, noch können wir uns die Achtung der Welt wiedergewinnen, wenn wir nicht in irrthümlicher Selbstverleugung noch das zerstören, was uns die Kriegswirtschaft übrig gelassen hat. Wenn wir nun nicht gemeinsam arbeiten und voneinander in dem neuen demokratischen Deutschland, dann können wir in den Abgrund, laden auf uns Schmach und Schande, Verslavung und Tod.

Das „Land der Organisation“ bietet jetzt nicht durchweg ein erhebendes Schauspiel von Selbstbestimmung. Das fästliche Gut der Freiheit wird von den Vielen, die sich allzulehr an die Wohlgefühle gewöhnten, nicht gewürdigt. Die provisorische Regierung der sozialistischen Volksbeauftragten (Ebert-Gaede) kann sich zweifellos auf eine ungeheure Volksmehrheit stützen, jedoch

in zahlreichen Orten etablierten plötzlich aus dem Dunkel auftauchende diktatorische Emporkömmlinge eine „Republik für sich“. Unter der Führung eines jeder Selbstdisziplin haren „Spartakus“ wird zunächst die Berliner Bevölkerung frivol beunruhigt. Mit Maschinengewehren ausgerüstete kleine Banden suchen die Volksregierung zu terrorisieren, die demokratische Neuordnung durch die Nationalversammlung gewaltsam zu hintertreiben. Die siegestrunkenen Militärs der Entente machen sich bereit, ihrerseits diktatorische „Ordnung“ in dem unglücklichen Deutschland zu schaffen. Geborene Feinde der Demokratie und einer deutschen Einheitsrepublik benutzen die spartakistischen und ähnlichen Wirrnisse, um Deutschland zu zerreißten in vier wech wie viele Kleinstaat, deren politische und wirtschaftliche Ohnmacht auf der Hand liegt. Die Arbeiterschaft will ein einheitliches deutsches Reich, und Wirtschaftsgeliet, weil wir nur in einem solchen die ungeheuerlichen Kriegsschäden mit ernster Gemeinschaftsarbeit überwinden können.

Wir wollen Demokratie, gleiches Recht, keine irgendwie geartete Diktatur! Wir sehen aber in manchen Orten, wie sich dort unter dem Deckmantel der „Freiheit“ die gewaltthätige Diktatur einer Minderheit unter der Leitung von politisch unreifen, manchmal sogar moralisch zweifelhaften Elementen breit macht. Mit Maschinengewehren soll die geschliche Neuordnung Deutschlands verhindert werden, mit Maschinengewehren wird dort die demokratische Meinungs- und Reichfreiheit unterdrückt, mit Maschinengewehren soll die „Sozialisierung der Betriebe“ erzwungen werden, mit Maschinengewehren werden Betriebsleiter zu Handlungen gegen ihre Ueberzeugung gezwungen, mit Maschinengewehren bringt man in die Wohnungen sozialistischer Minister und Parteiführer ein, um sie zur Abdankung zu zwingen. Mit Maschinengewehren geht man vor gegen gewerkschaftliche Organisationen, sucht sie zu zerschellen, ihre Verträge zu durchbrechen, der Disziplinslosigkeit der Anarchie zum Triumph zu verhelfen. Und das alles geschieht von einer kleinen, allerdings lärmstarken und gewalttätigen Minderheit, deren zahlenmäßige Bedeutungslosigkeit sich schon durch die Arbeiter- und Soldatenrats-Wahlen in Dresden und Chemnitz klipp und klar herausgestellt hat. Diese Maschinen-gewehrpolitik ist ein Sohn auf die Demokratie! Nur durch hingebende, organisierte Gemeinschaftsarbeit können wir uns vor dem Untergang, vor Schmach und Schande retten. Die deutschen Gewerkschaften haben

nun durch umfassende Vereinbarungen mit den Unternehmerverbänden die freie Grundlage für diese Rettungsarbeit geschaffen.

Wir brauchen Lebensmittel aus dem Auslande, sonst verhungert das Volk! Wir brauchen Rohstoffe und andere Betriebsmaterialien aus dem Auslande für unsere Industrien, sonst wächst die Arbeitslosigkeit ins Riesenhafte. An diese furchtbare Volksnot müssen wir jetzt in erster Linie denken und dafür arbeiten, damit sie nicht zur entsetzlichen Katastrophe für viele Millionen unserer Volksgenossen ausartet. Unsere persönlichen Wünsche kommen erst in zweiter Linie in Betracht. Das ist Solidarität.

Wir bekommen nur Lebensmittel und industrielle Rohstoffe, wenn wir dem Auslande auch Gegenleistungen bieten können!

Wir brauchen dazu Kohlen, Erze, Salze! Stein- und Braunkohlen sind jetzt das Allernotwendigste. Ohne Kohlen, Holz und Breklets liegen alle industriellen Betriebe, liegen die Eisenbahnen, Kraft- und Lichtwerke, Mühlen, Brotfabriken, Zuderfabriken usw. einfach still. Es ist ein Furchtbares, sich sagen zu müssen, daß diese Wahrheit längst nicht überall erkannt ist. Wir können heute alle berechtigigten Beschwerden der Belegkassen durch Vereinbarungen mit den Werksleitern befeitigen, wir brauchen jetzt dazu keine Streiks. Trodem heranzulassen unverantwortliche Elemente immer wieder Arbeitsstellen ohne Rücksicht auf die schwere Nollage des Volkes.

Wir brauchen Kalisalze für unsere Vroterzeugung, wir brauchen Kalisalze zur Ausfuhr, zum Austausch gegen Lebensmittel und industrielle Rohstoffe. Können wir jetzt reichlich Kalisalze ausführen, dann verbesserte sich unser Kredit im Auslande und wir erhielten von dort Lebensmittel (die Ausfuhr von Kohlen und Kali ist erlaubt). Aber die meisten Kalialwerke liegen still oder arbeiten mit geringem Betrieb, weil sie keine Stein- oder Braunkohlen haben.

Wir brauchen Erze aller Art, um unserer Eisen-, Stahl-, Metall- und Maschinenindustrie Arbeitsmöglichkeiten zu geben. Arbeitsaufträge liegen vor, die Eisenbahnverwaltungen haben schon gewaltige Bestellungen gemacht. Aber es fehlt an Rohstoffen (Erzen usw.) und anderem Betriebsmaterial, es fehlt jedoch den Werken an Kohlen, Holz und Breklets. Millionen Hände ruhen, wenn hier nicht geholfen wird. Die Steinkohlen-, Braunkohlen-, Kali- und Erzberg-



werke nebst Nebenanlagen können noch zehn- tausende Arbeitslose einstellen, die Arbeitsnach- weise übernehmen gern die Vermittlung. Fordert die euch bekannten Arbeitslosen auf, sich sogleich zu melden, ihre Pflicht gegenüber der Gemein- schaft zu erfüllen! Das ist Rettungspolitik. Mit Maschinengewehrpolitik ist dem notleidenden Volke nicht zu helfen.

Wir stützen in den Abgrund, wenn nicht alle Arbeits- fähigen erkennen, daß nur produktive Arbeit für das Volkswohl und vor dem Untergang retten kann.

Die Ernährung muß unbedingt verbessert werden, erst- lich für die Schwerarbeiter. Aber wenn wir nicht sorgen für Heizmaterial, wenn wir nicht sorgen für die Wiederaufnahme der Baronausfuhr, dann erhalten wir bald gar keine Lebens- mittel mehr und unser Volk stirbt eines schmachvollen Hungertodes. Es gibt gar nichts, das zu beschönigen. Wir sagen die bittere Wahrheit, aber gleich wir wissen, daß unverantwortliche Ele- mente, die heute überdramatisch schreien, bis vor kurzem aber sogar die gewerkschaftlich organisierten Vergleiche verhöhnten und be- kämpften, uns beschuldigen „bestochene Schufte“ und „kapitalisti- sche Verräter“ beschimpfen. Macht euch frei von diesen Elementen, kämpft ihr wahnwitziges Treiben, sonst stürzen wir in den Abgrund und mit der kaum erlangenen demokratischen Freiheit ist es zu Ende.

„Arbeiten, nicht verzweifeln!“ So rief ein großer Philosoph der leidenden Menschheit zu. Arbeiter- wir zur Rettung unseres Volkes. Kopf hoch! Wir überleben auch diese schwere Notzeit nur durch gemein- same Arbeit!

### Nicht ungeprüft fordern.

Bei den bisherigen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen sind für die Arbeiter weitgehende Zugeständnisse erreicht worden. Viele Ar- beiter sind damit aber nicht zufrieden und stellen weitergehende Forderungen, ohne zu prüfen, ob dieselben durchführbar sind oder nicht. Das ist ein großer Fehler, der sich rächen wird. Aller- dings werden urteilswise Menschen den höchsten Forderungen den meisten Beifall zollen. Davon können wir uns aber nicht leiten lassen. Bevor wir Forderungen erheben und vertreten, müssen wir soweit als möglich prüfen, ob dieselben auch erfüllbar sind. Wir würden uns sonst ins eigene Fleisch schneiden und die Betriebe unrentabel machen.

Selbst wenn die Betriebe verstaatlicht werden, müssen sie rentabel gehalten werden. Auch der Staat ist kein unerschöpfbarer Brunnen, aus dem nur geschöpft werden kann. Jemandem muß es doch bekommen. Der Staat würde Selbstmord begehen, wenn er unbelehrt alle Betriebe übernehmen wollte, die nicht rentabel sind. Das sollten alle diejenigen wohl überlegen, die glauben, mit der Verstaatlichung seien alle Schwierigkeiten ohne weiteres behoben. So einfach ist das nicht.

Viele Vergarbeiter haben die Sechsstundenschicht und einen Mindestlohn von 20 Mark pro Schicht für Hauer und Lehrhauer gefordert, ohne auch nur zu prüfen, ob das durchführbar ist oder nicht. Das ist zu verlangen. Wir müssen prüfen, bevor wir for- dern. Dazu gibt uns folgende Tabelle eine Unterlage, wonach im Oberbergamtsbezirk Dortmund betrug:

Arbeiterzahl	Wert der Förderung	Gesamtlohnsumme	Jahreslohn	Schicht- lohn
Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
1910	894 619	462 285 579	1382	4,54
1911	841 716	493 952 905	1446	4,60
1912	850 784	570 594 223	1586	5,03
1913	882 951	672 206 267	1725	5,36
1914	850 082	581 407 536	1619	5,15
1915	273 459	514 963 278	1583	5,49
1916	294 363	649 796 908	2207	6,44
1917	324 149	879 767 813	2714	8,12

Reider wurde der Wert der Förderung für die Kriegsjahre nicht angegeben. Immerhin ergibt die Wertangabe für die Friedensjahre einen Anhalt. Ebenso geben uns die Arbeiterzahl, die Gesamtlohnsumme, sowie der durchschnittliche Jahres- und Schichtlohn pro Arbeiter wichtige Anhaltspunkte.

Prüfen wir nun zunächst, welche Mehrbelastung ein Mindest- lohn von 20 Mark für Hauer und Lehrhauer verursacht. Der Durchschnittslohn der Hauer und Lehrhauer betrug 1917: 10,42 Mark. Es müßten also hierzu noch 9,58 Mk. zugelegt werden, um den Mindestlohn von 20 Mk. zu erreichen. Natürlich können die anderen Arbeiter nicht zurückstehen, sie müßten daher bei ihrem ohnehin ungünstigeren Lohn mindestens die gleiche Zulage haben. Damit würde der Durchschnittslohn für alle Arbeiter auf 17,70 Mark steigen gegen 8,12 Mk. in 1917. Rechnen wir nun eine durchschnittliche Arbeiterzahl von 330.000 und eine jährliche Schichtzahl von 300 pro Arbeiter, dann ergibt sich eine Ge- samtsumme von 330 000 x 300 = 99 000 000 x 17,70 = 1 752 800 000 Mk. Die Mehrbelastung gegen 1917 würde danach schon 99 000 000 x 9,58 = 948 420 000 Mk. betragen.

Ein Verkürzung der Schichtzeit von 8 auf 6 Stunden, d. h. um ein Viertel für die unterirdische Belegschaft würde ebenfalls eine erhebliche Mehrbelastung verursachen. Im Jahresdurch- schnitt von 1017 betrug die Zahl der eigentlichen Vergarbeiter 46,6 Prozent, die der sonstigen unterirdisch beschäftigten Ver- garbeiter 24,7 Prozent der gesamten Arbeiterzahl. Die unter- irdische Belegschaft betrug mithin 71,3 Prozent der gesamten Ar- beiterzahl oder 231 118. Bei gleichem Lohn würde die unter- irdische Belegschaft bei einer Gesamtarbeiterzahl von 330 000 rund 235 290 betragen. Der Durchschnittslohn der unterirdischen Be- legenschaft stellt sich bei einem Gesamtdurchschnitt von 17,70 Mk. sicher auf 19 Mk. Rechnen wir nun die durch die Verkürzung der Schichtzeit verursachte Mehrbelastung auf ein Fünftel dieser Summe, d. h. auf 3,80 Mk., dann ergibt sich bei gleicher Schicht- zahl pro Arbeiter eine Gesamtsumme von jährlich 235 290 x 300 = 70 587 000 x 3,80 = 268 280 600 Mk.

Nach dieser Berechnung würde also ein Mindestlohn von 20 Mk. und eine Schichtzeitverkürzung von 8 auf 6 Stunden eine jährliche Mehrbelastung im Verhältnis zu 1917 verursachen von 948 420 000 Mk. + 268 280 600 Mk. = 1 216 650 600 Mk. Der gesamte Wert der Förderung betrug im Oberbergamtsbezirk Dortmund in dem Geschäftsjahr 1913: 1 282 012 750 Mk. bei einer Arbeiterzahl von 882 951 und einer Gesamtlohnsumme von 672 206 267 Mk. Wie soll da eine Mehrbelastung von 1 216 650 600 Mk. getragen werden?

Diese Frage ist doch gewissenhaft zu prüfen, bevor solche Forderungen gestellt werden dürfen. Den Werken geht es ebenso wie dem Staat. Es muß doch irgendwo herkommen. Und letzten Endes muß doch die allgemeine Volkswirtschaft diese Mehr- belastung tragen und tragen können. Aber an alles das haben diejenigen, welche die Forderungen erhoben haben, nicht gedacht. Sie haben es sich sehr leicht gemacht und nur gefordert, ohne zu ahnen, daß sie sich damit selbst und den Arbeiterorganisationen Vordienste leisten.

Die Arbeiterorganisationen sind an die bisher getroffenen Vereinbarungen gebunden, solange diese bestehen. Wenn diese Vereinbarungen nicht ausreichend erscheinen, können sie aufge- sagt und neue getroffen werden. Das darf aber nur auf ord- nungsmäßige Wege geschehen. Der keine Vertragsstreue hält, kann auch keine Vertragsstreue beanspruchen. Das mögen alle diejenigen bedenken, die sich jetzt so leicht über die getroffenen Vereinbarungen hinwegsetzen. Wer sich nicht einordnet, wirkt zerstörend. Wenn das Zerklüftungswerk so wie bisher fortgeführt wird, dann werden wir bald alleamt unter dem Trümmerhaufen begraben.

### Sozialismus als Konkursverwalter.

Hierzu schreibt Kamerad Otto Sue treffend: Ist es rational, die Sozialisierung der „dafür reifen“ Produktionsmittel vorzunehmen, bevor wir die uns zugehenden Friedensverträge mit der Entente abgeschlossen haben? Welche Produktionsmittel sind „reif“ für die Sozialisierung und wer kann sagen, welche Verpflichtungen den Besiegten in wirtschafts- politischer Hinsicht durch die Sieger auferlegt werden? Gibt es bei uns vernunftbegabte Menschen, die der Überzeugung sind, die beantragten des Ententeimperialismus bei den Friedens- verhandlungen würden die Durchführung des proletarischen So- zialismus begünstigen? Das hieße die internationale Solidarität des Privatkapitalismus völlig verkennen.

Die Sieger werden die Friedensbedingungen nur mit einer deutschen Regierung verhandeln — soweit überhaupt von einer Verabschiedung die Rede sein wird —, die sich auf eine ausflä-

meinen Wahlen herabgegangene Volksvertretung stützt. Sollen und dürfen wir aber den Friedensschluß hinausschieben, bis die Sozialisierung der Produktionsmittel, obendrein ohne Zusstim- mung einer aus allgemeinen Wahlen herabgegangenen Volks- vertretung, vollzogen ist? Wer die gegenwärtige Diskussion über den Umfang der für die Sozialisierung „reifen“ Produktions- mittel, über die beste Art der Enteignung, die Enteignungs- und über die Frage der praktischsten technisch-wirtschaftlichen Di- rektion der sozialisierten Produktionsmittel aufmerksam verfolgt, ist sich klar, daß der gedachte tief einschneidende Umwandlungs- prozeß nicht in wenigen Wochen, nicht einmal in wenigen Mo- naten zum Abschluß gelangen kann. Können und dürfen wir aber solange den Abschluß der Friedensverträge hinausschieben, immer vorausgesetzt, die Entente läßt uns in Ruhe?

Wenn man allerdings den rabiatesten Wilderstimmern glau- ben dürfte, dann bedarf es sozialisieren nur einer „Verordnung“, und alsbald wäre das Proletariat souveräner Eigentümer der bergemischelten Produktionsmittel; es hätte dann zugleich ge- meinnützig geregelte Beschäftigung, ausreichende Entlohnung und Nahrungsversorgung. Ach, wenn dies richtig wäre, ich würde der erste sein, der die sofortige Sozialisierung forderte. Aber ganz abgesehen von den bewickelten privatrechtlichen und finan- zial-technischen Problemen, die bei der Sozialisierung gewisser Pro- duktionsmittel gelöst werden müssen, ist doch heute in erster Linie zu fragen: Wo steht es überhaupt mit der Arbeitslosigkeit unserer Großindustrie, deren sofortige Sozialisierung empfindlich wird? Weist man sich die Möglichkeit, diesen Industrien, die gewaltige Arbeitermassen zu beschäftigen haben, die notwendigen Rohstoffe, Halbrohstoffe und sonstigen Betriebsmaterialien zu- zuführen?

Greifen wir unsere große Eisen- und Stahlindu- strie heraus. Sie muß sich schleunigst auf Friedensarbeit um- stellen. Inwieweit kann sie das gegenwärtig? In dem Vor- kriegsjahre lieferten ihr allein die Eruben im deutschen Zoll- gebiet rund 36 Millionen Tonnen Eisenerze. Davon kamen 28,4 Millionen Tonnen aus Lothringen und Luxemburg! Von dort erhalten wir jetzt kein Erz und Kobalt mehr, die Entente- truppen halten diese Gebiete besetzt! Wir erhielten ferner 10 Mill. T. Eisenerze aus Spanien, Schweden, Norwegen, Frank- reich. Auch diese Zufuhr ist uns so gut wie unterbunden, solange der Friede nicht abgeschlossen ist. Wie sich dann unser Außen- handel gestaltet, müssen wir erst sehen. Es steht mithin unserer Eisen- und Stahlindustrie bis zum Friedensschluß als sichere, inländische Eisenerzversorgung nur eine Menge von 6 bis 7 Mil- lionen Tonnen zur Verfügung, vorausgesetzt, es sind genügend geschulte Arbeitskräfte und brauchbare Betriebsmaterialien vor- handen, was zurzeit nicht der Fall ist. Dann könnten mit Schrot- zuzug vielleicht 3 Millionen Tonnen Kobaltenerz zur Verfügung be- stellt werden. Unsere Erzeugung in dem Vorkriegsjahr be- lief sich aber auf 19, im besten Kriegsjahr wahrscheinlich (genaue Zahlen sind nicht publiziert) auf 14 bis 15 Millionen Tonnen. Wie sollen die Millionen Arbeitskräfte, die in der großen Eisen- und Stahl-, in der Metall- und Maschinenindustrie sowie in den ungenheim mannigfaltigen Klein- und dergleichen Industrien Beschäftigung haben müssen, lohnende Arbeit erhalten, wenn uns nur ein Sechstel der früheren Eisen- und Stahlherzeugung zur Verfügung steht? Auch radikalste Sozialisierung der Betriebe könnte an diesem ungeheuren Materialmangel natürlich gar nichts ändern.

Die sozialistische Industriedirektion aber übernehme die un- möglich zu lösende Aufgabe, ausgeschlossen von dem ausländischen Handel, für Millionen Menschen Arbeit zu beschaffen, obgleich es hierfür an der nötigen Grundlage fehlt! Man muß wissen, welche beispiellosen Schwierigkeiten nun die vorzüglich geschulten privatkapitalistischen Betriebsverwalter zu überwinden haben, damit die Produktion der plötzlichen Vorkriegsleistung von der jahrelang alles beherrschenden Kriegswirtschaft die zusammengeworfenen Arbeiter- massen wenigstens noldürftig, das heißt sehr häufig ganz un- produktiv, weiterbeschäftigt werden können, um zu verstehen, daß durchaus nicht wenige Großunternehmer geneigt sind, die Ver- antwortung für die gewaltige Betriebsumrüstung und Arbeits- beschaffung auf andere Schultern abzuladen. Wer die groß- industriellen Verhältnisse nicht lediglich theoretisch, sondern aus der Praxis kennt, der weiß, daß der Sozialismus eine unab- sehbare schwere Niederlage erleiden würde, wenn wir uns jetzt die Verantwortung für total unzulängliche Eingriffe in die kompli- zierte Verfassung unserer industriellen Produktionsverhältnisse

### Die Revolution.

Und ob ihr sie, ein edel Mütze, mit euren Ferkelsmächtigen singt;  
Und ob ihr unter dem Fellingsschwall standrecht die Gefangne singt;  
Und ob sie längst der Fellingsschwall, auf dessen Grün ums Morgenrot  
Die junge Bäurin Kränze legt — doch sag' ich euch: sie ist nicht tot!

Und ob ihr von der hohen Ecken das wehnde Rodenhaat ihr wort,  
Und ob ihr zu Genossen ihr den Mörder und den Dieb erort;  
Und ob sie Juchhausfleider trägt, im Schloß den Napf voll Eisenbrei;  
Und ob sie Berg und Walle spinnt — doch sag' ich euch: sie ist frei!

Und ob ihr ins Egel sie jagt, von Lande sie zu Lande hegt;  
Und ob sie fremde Herde sucht und summt sich in die Äsche jekt;  
Und ob sie wunde Söhnen taucht in fremder Wasserkrone Lauf —  
Doch ihre Parze nimmermehr an Dabels Weiden hängt sie auf!

O nein — sie stellt sie vor sich hin; sie schlägt sie trozig, euch zum Trost!  
Sie spottet lachend des Eglis, wie sie gepuzt des Schaffs erost!  
Sie singt ein Lied, das ihr entsetzt von euren Eissen euch erost!  
Dah euch das Herz — das feige Herz, das jallige Herz — im Leibe heht!

Kein Klageleid! kein Tränenleid! kein Lied um jeder, der schon fiel;  
Noch milder gar ein Lied des Sohns auf das vertrockne Zwitschenspiel,  
Die Bettler, die zur Zeit ihr plump noch zu agieren wikt!  
Wie motig euer Hermetin, wie foul auch euer Purpur ist!

O nein, was sie den Wassern singt, ist nicht der Schmerz und nicht die Schmach  
Ist Entesleid, ist Trümpfbesied, Lied von der Zukunft großem Tag!  
Der Zukunfts, die nicht fern mehr ist! Sie spricht mit dreifem Propheten,  
So gut wie weiland euer Gott: Ich wer, ich bin, ich werde sein!

Ich werde sein, und wiederum voraus den Völlern werd' ich geh'n!  
Auf euren Roden, euren Haupt, auf euren Kronen werd' ich geh'n!  
Beseitern und Rächerin und Richter, des Schwert erbsticht,  
Ausreden den gewaltigen Arm werd' ich, was die Welt erbsticht!

Ihr seht mich in den Dertern bloß, ihr seht mich in der Grube anr,  
Ihr seht mich mir als Fremde auf des Eglis horriger Tür —  
Ihr Bliden, weh'n! ihr dem nicht auch, wo eure Nacht ein Ende hat:  
Reicht mir nicht hinter jeder Ecken, in jedem Herzen eine Stalt!

In jedem Ecken, das trozig dem, das hoch und nugehend sich trägt?  
Ist mein Ayl nicht jede Kraft, die menschlich sieht und menschlich schlägt?  
Wagt die Welt, drin es pocht? nicht jede Stille, drin es ächt —  
Wagt ich der Welt, drin es nicht, die alle das Befremd' lecht?

Du n' werd' ich sein, und wiederum voraus den Völlern werd' ich geh'n!  
Auf euren Roden, euren Haupt, auf euren Kronen werd' ich geh'n!  
Ist der Geschichte eures Ayls es ist kein Rächerin, es ist kein Prophet —  
Der Tag wird heil — wie weh'n ich sein, die Welt und den Dertern!

### Barbus über die Arbeiter- und Soldatenräte.

Der russische Arbeiterführer Barbus äußert sich über die Arbeiter- und Soldatenräte. Barbus hat die Idee dieser Organisationsform zuerst in den russischen sozialistischen Parteien im Anfang des Jahres 1905 her- vorgebracht. Er hat später erklärt, dass diese Organisationsform die

kräftig der Gewerkschaften verwarf, weil dadurch der revolutionäre und sozialistische Geist der Arbeiter gefährdet würde und deshalb von solchen Hilfsmitteln-Organisationen nichts wissen wollte, wie es nach seiner damaligen Auffassung diese Arbeiter- und Soldatenräte waren. Lenin wollte die revolutionäre Bewegung damals streng sozialistisch und marxistisch fundamementiert wissen. Demgegenüber betrat Barbus die Idee der Arbeiter- und Soldatenräte, weil die Arbeiter und Soldaten nur dann völlig der Revolution ergeben sein würden, wenn sie selbst die Sache in die Hand nähmen; weil nur dadurch Gewähr geleistet werden könne, daß wirklich das proletarische Interesse in der Revolution ausschlag- gebend würde und weil endlich die Revolution dadurch über den Partei- haber der einzelnen Fraktionen hinweggehoben und der Selbsterzeit fanatischer Geist ein Ende gemacht würde.

Die erste russische Revolution von 1905 führte den Gedanken zum Siege, die provisorische Revolutionsleitung in Betriebsversammlungen wählen zu lassen. Der erste Arbeiterrat wurde in den Oktobertagen 1905 in Petersburg gewählt. Schorowski führte den Vorsitz in der konstituierenden Versammlung. Der erste eigentliche Präsident des Arbeiter- und Soldatenrates war der bekannte Christoff; ihm folgte nach seiner Verhaftung Trotski und nach dessen Verhaftung wiederum Barbus. Im Januar 1906 löste sich der Arbeiterrat nach dem Siege der Gegenrevo- lution auf, und sein letzter Vorsitzender, Barbus, wurde in die Peter- und Pauls-Festung gesperrt.

In der Zeit seiner Verhaftung hatte sich der Arbeiterrat ausge- zeichnet bewährt. Er gewann das Vertrauen der weitesten Arbeiterkreise, hielt den Fraktionsgeist in Schranken und stellte eine einheitliche prole- tarische Front her; die geistige Leitung hatte von vornherein die So- zialdemokratie.

Wir waren aber weit davon entfernt", stellt Barbus ausdrücklich fest, den Arbeiterrat als ständige Einrichtung behalten zu wollen. Wir arbeiteten vielmehr mit der größten Energie daran, die Arbeitermassen in sozialdemokratische Organisationen und Gewerkschaften zusammenzu- fassen. Zu gleicher Zeit zentralisierten sich die Bauernorganisationen zu einem Bauernbund und traten in enge Beziehungen zum Arbeiterrat. Wir waren uns klar darüber, daß in dem Moment, wo diese wirklichen Beziehungen den verschiedenen Schichten des arbeitenden Volkes in den Massen festgelegend sein würden, wodurch die Einberufung der Na- tionalversammlung und der Hebergang der Armee zum Volke, die Demo- kratie gesichert sein würde, die Rolle der Arbeiter- und Soldatenräte würde. Es lag uns nichts ferner, als die durch ein Jahrzehnt sozialer Kämpfe in Europa festgelegten sozialen Organisationen und den Parla- mentarismus durch die improvisierte Bildung der Arbeiterräte ersetzen zu wollen. Die letzteren sollten vielmehr nur den Hebergang zu diesen europäischen Formen vermitteln."

Barbus ist daher auch sehr überzeugt, daß das, was Deutschland gegenüber drängt, nicht eine Republik, sondern die soziale Republik ist. Wenn gleichviel in Deutschland der Kätegedanke jetzt wieder auf- gelebt ist, so führt er dies auf den großen Anteil der Armee am Siege der Revolution zurück. Die Mannschaften, welche zuerst die alten Her- schaftssysteme gestürzt haben, fanden die für sie geeignete Organisations- form in den Arbeiter- und Soldatenräten. Dieser Arbeiter- und Soldatenrat wurde der unmittelbare Zusammenhang zwischen den Massenorganisationen des Proletariats und der bewaffneten Macht hergestellt, der auch weiter mit allen Mitteln gepflegt werden muß. Denn darin liegt die Gewähr, sowohl für den Sieg des Sozialismus wie für die Aufrechterhaltung der Ord- nung im neuen System."

Auf der anderen Seite dürfen aber die Arbeiter- und Soldatenräte nach Barbus unter keinen Umständen als Konkurrenzorganisationen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie betrachtet werden. Die bestehende Macht kann nur in den Händen der Nationalversammlung liegen, die

Regierung muß eine Volkregierung, und sie muß einheitlich sein. Nach diesen Grundsätzen hat es das deutsche Volk in der Hand, eine neue soziale Zukunft aufzubauen.

### Sürken von Gottesgnaden.

Aus Anlaß der Reden, die Wilhelm II. am 30. und 31. August 1897 bei einer Denkmalenthüllung in Koblenz hielt, richtete Karl Gwold an denselben einen Offenen Brief, der am 4. September 1897 in der Popen- bager Presse veröffentlicht wurde und besagt:

„Mit dieser Bewegung habe ich die Reden gelesen, die Eure Majestät am 30. und 31. August in Koblenz bei der Enthüllung des Monuments für Ihren hochseligen Herrn Großvater zu halten geruht haben und in denen Sie die Sürken als die Werkzeuge des himmlischen Herrn und als Herrscher von Gottes Gnaden hinstellen.

Trotzdem ich nicht Unterthan Eurer Majestät bin, wage ich es doch, an die Stufen Ihres Thrones meine durch diese Reden veranlaßten Gedanken hinzulegen, sowie sie sich unter dem Gausen des Himmelslages des kaiserlichen Adlers zu einer kleinen Besichtigung von Gott und dem König geformt haben.

Einmal betamen die Menschen Ihre Adnige so satt, daß sie beschloßen, eine Deputation an den lieben Gott zu schicken und ihn um Hilfe gegen sie zu bitten. Die Deputation wurde an der Himmelspforte gut empfangen und wurde vorgelesen, als die Reize an sie kam. Als sich aber der Wortführer seines Auftrages entledigt hatte, schüttelte der liebe Gott verunmüdet den Kopf und sagte:

„Ich bestrebe kein Wort von dem, was du sagst. Ich habe euch niemals Adnige gegeben!“

Da riefen sie alle wie aus einem Munde, daß die Erde voll von Adnigen sei, die alle erklärten, daß sie von Gottes Gnaden regierten.

„Daban weih ich nichts,“ sagte der liebe Gott, „ich schuf euch alle gleich und in meinem Bilde. — Abieu!“

Damit war die Kludenz zu Ende. Aber die Deputation setzte sich vor die Himmelspforte und weinte bitterlich. Als nun der liebe Gott das erfuhr, schickte er Mittel mit ihnen und ließ sie wieder hinein- kommen. Er rief einen Erzengel und sagte zu ihm:

„Schlage nach in dem Buche, worin ich die Plagen aufgezichnet habe, die ich über die Menschen ihrer Sünden wegen geschickt habe, und sage mir, ob da etwas von Adnigen steht.“

Es war ein sehr dickes Buch, so daß der Erzengel einen ganzen Tag dabei sah. Als er gegen Abend fertig war, meldete er, daß er nichts gefunden hätte. Die Deputation wurde wieder vorgelesen und Gott sagte:

„Ich weiß nichts von diesen Adnigen... Abieu!“

Da gaben sich die Kermlen einer so entsetzlichen Verzweiflung hin, daß sich der liebe Gott noch einmal ihrer erbarmte. Er rief den Engel wieder und sagte zu ihm:

„Schlage nach in den Büchern, in denen ich all das Elend aufge- schrieben habe, das über die Menschen ihrer schlechten Gebete wegen kam, damit sie entstehen, daß mein Rat weiser ist als der ihre. Und laß mich wissen, ob da was über Adnige steht.“

Der Engel tat, wie ihm befohlen war. Da es aber nichts dabei Bücher waren, kauerte es zwölf Tage, bis er mit der Arbeit zu Ende kam. Und er fand nichts.

Dann ließ Gott die Deputation zum letztenmal vortreten und sagte zu ihnen:

„Ihr müßt in der Zeit unerschütterlicher Geduld nach Hause reisen. Ich kann nichts für euch machen. Diese Adnige sind eure eigene Erfindung, und habt ihr sie satt, müßt ihr selbst leben, wie ihr sie laß werdet.“

Der kaiserliche und königliche Majestät alleruntertänigster Karl Gwold.“



aufhalten würden! Man glaube auch ja nicht, daß die gesamte Arbeiter- und Angestelltenchaft mit der Sozialisierung in gegenwärtiger Zeit einverstanden ist. Sie kann aber nur ohne schwere Erschütterung der Volkswirtschaft durchgeführt werden, wenn wenigstens diese proletarischen Massen sich rückhaltlos in ihren Dienst stellen. Man sagt nicht zuviel, wenn man behauptet, daß unsere Eisen- und Stahlindustrie mit ihren weitverzweigten Hilfsindustrien vor dem nahen Konkurs steht, wenn ihr nicht durch den raschen Abschluß eines Vorfriedensvertrages die Möglichkeit verschafft wird, wenigstens einigermaßen ausreichend sich mit metallischen und anderen Roh- und Halbrohstoffen aus dem nahen und fernem Ausland zu versorgen. Wird diese Möglichkeit, gleichgültig von welcher Seite, ausgeschaltet, so werden hier große Betriebsstörungen eintreten; dann ist uns aber auch die dringlich nötige Ergänzung unseres außerordentlich abgenutzten Eisenbahnmaterials, die Vervollständigung der umfangreichen Metall- und Maschinenindustrie, auch der Kleinindustrie, die bereits sehr stark unter Materialmangel leidet, unmöglich gemacht. Eine Arbeitslosigkeit von gewaltigem, katastrophalem Umfang ist die Folge! Der Bergbau, dessen Bedarf an Eisen, Stahl und sonstigen Metallen für die maschinellen Hilfsmittel bedeutend ist, kommt dann auch über kurz oder lang zum Erliegen, kann wenigstens nicht einmal die heute schon bedeutend gesunkene Kohlenförderung aufrecht erhalten. Das alles wird sich innerhalb kurzer Zeit vollziehen, wenn erst einmal, was in absehbarer Zeit zu befürchten ist, die Hochöfen und Stahlschmelzen zum Stillstand verurteilt sind. Das wäre der Konkurs! Ist es denn die Aufgabe des Sozialismus, als Konkursverwalter zu wirken? Zumal wenn der Konkurs einem volkswirtschaftlichen Zusammenbruch gleichkommt, weil wir während der feindlichen Einschließung außerhande sind, Baumaterial für den Neuaufbau zu beschaffen? So haben sich Marx und Engels die Ueberführung der Produktionsmittel in den Dienst der Gesellschaft nicht vorgestellt. Nur wer mit völliger Unkenntnis der industriellen Praxis gegenübersteht, kann der tollen Meinung sein, „gerade jetzt“ sei der Zeitpunkt für die „Expropriation“ gekommen.

Lebensnotwendig für uns ist jetzt die rascheste Beendigung des Kriegszustandes. Davon hängt auch nicht zuletzt die Zukunft des Sozialismus ab. Er kann sich nur gesichert auf den Willen der großen Volksmehrheit aufbauen, seine diktorische Durchführung durch eine Wutberheit ist eine praktische Unmöglichkeit. Deshalb ist die Einberufung der gesetzgebenden Nationalversammlung nicht länger hinauszuschieben, als es die wahlrechtlichen Vorarbeiten unbedingt erforderlich machen. Nur die möglichst rasche Aufhebung der feindlichen Blockade eröffnet uns die Aussicht, durch Zufuhr von Rohstoffen den Konkurs unserer wichtigsten industriellen Erzeugungszweige zu verhindern. Gelingt uns das, dann wird die Sozialisierung der dafür geeigneten Produktionsmittel in Uebereinstimmung mit der Volkswirtschaft zu vollziehen sein.

## Rathenau an Oberst Houfe.

Der Generaldirektor der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, Walter Rathenau (Berlin), der außerdem Aufsichtsratsmitglied in 40 großen Gesellschaften ist, hat an den amerikanischen Oberst Houfe folgenden Offenen Brief gerichtet:

Herr Oberst, vier Jahre habe ich in der Not meines Herzens mit den Augenblick vorgestellt, wenn alle Hoffnungen meines Volkes, alles nationalitätliche Selbstbewußtsein, ja, selbst der Glaube an die Gerechtigkeit seiner Sache zusammenbrechen würde. Ich habe geglaubt, das Leben würde stillstehen, die Menschen würden aus Verzweiflung in den Straßen niedersinken.

Nichts ist geschehen. Das Leben ging weiter, die Menschen waren wie Kinder, die an offenen Gräbern spielen.

Warum sage ich Ihnen das? Weil man von der Schuld des deutschen Volkes spricht. Das Volk ist in den Krieg gegangen, weil man ihm gesagt hat: es muß sein. Es hat sich fügen lassen, es hat gelächelt und gestört, weil man ihm gesagt hat: es muß sein. Jetzt, da es vor seinem Untergang steht, öffnet es zum erstenmal seine erkaunten Augen und fragt: muß es sein?

Vor Jahrhunderten haben die großen Völker des Westens das Erwachen erlebt durch den Wiederschlag der Revolution. Wir haben bis gestern keine deutsche Revolution gekannt, denn 1848 war ein gütlicher Putsch der Bürger. Wenn es eine deutsche Schuld gibt, so ist dies die einzige.

Schuldige Menschen gibt es. Außer den Wenigen, die aus Machtwahne den Krieg gewollt haben, sind wir es. Wir, die Rehn oder Hundert, die den Krieg kommen sahen, die vom ersten Tage seinen Wahnsinn und seine Hoffnungslosigkeit wußten, die Gewalttaten verurteilten, den Unterseefrieden und die Feindschaft Amerikas als Beginn der Katastrophe erkannten.

Unsere Schuld ist, daß wir heute noch leben. Abwenden konnten wir nichts.

In meinen Schriften habe ich vor dem Kriege gewarnt. Als er kam, habe ich die Rohstoffwirtschaft organisiert, um den sofortigen Zusammenbruch zu verhindern; dann habe ich alle meine Arbeit daran gesetzt, um Frieden, Versöhnung, Wöhr von Gewaltpolitik und Annexionsismus zu vertreten. Am Juli 1917 sah ich zum letztenmal Ludendorff im Hauptquartier. Ich sagte ihm: Wenn Sie Ihre maßlosen Forderungen verwirklichen wollen, müssen Sie London, Paris und New York besetzen; ich wies ihm die falschen Zahlen und Berechnungen der Marine nach und die Ausschließlosigkeit des Unterseefriedes. Er setzte mir entgegen, was er sein Gefühl nannte und was seine schrankenlose Gewalt war. Einmal freilich habe ich zum Widerstand geraten: als derselbe Ludendorff die Regierung zwang, statt der Liquidation des Bankrotts anzumelden.

Warum sage ich Ihnen das? Um zu zeigen, daß gegen den alten Militärstaat, der durch seine Macht jeden Willen und durch seine Information jeden Geist knebelte, jeder Widerstand vergeblich war.

Deutschland ist schuldlos. Der deutsche Wille war trotz aller Parlamenare gebunden durch die furchtbare Militärmacht. Durch die Revolution ist zum erstenmal der deutsche Wille frei, und dieser Wille ist der Frieden.

Deutschland war stets ein gefährdetes Land. Auf einem Boden, der dreißig Millionen ernähren kann, sind siebzig erwachsen. Sie haben von der Bohrarbeit für andere Völker gelebt und Zeit gefunden, der Welt manch schönes Gut des Geistes zu schenken.

Unser Außenhandel ist erschüttert. Wir verlieren Elfaß mit seinem Erdöl und Salz und Kohbringen mit seinen Erzen. Unsere Kolonien sind gefährdet. Es bleibt uns kein bedeutender Rohstoff außer Kohlen. Der Reichsverband droht zu zerreißen. Seit drei Jahren hungert das Volk, schwindet der Nachwuchs. Wir sind tief verschuldet und haben kein Arbeitsmaterial. Ueber uns schwebt die Gefahr einer gewaltigen Kriegsentladung. Die Militärmacht ist entwaftet, wir sind wehrlos.

Warum sage ich Ihnen das, da Sie es wissen? Nicht um Mitleid und Erbarmen zu erbitten, sondern um von einer Verantwortung zu reden, die auf Erden nicht war, solange es einen menschlichen Geist gibt, und nicht wieder sein wird.

Herr Oberst, unsere Bekanntschaft war nicht lang. Doch haben Sie mir einiges Vertrauen erwiesen, weil ich verrätene Hoffen und Wahrheit Ihnen die Lage meines Landes darlegte und Ihnen sagte, daß nur Amerika den Frieden bringen könne. Mein menschliches Vertrauen zu Ihnen und zu Ihrem

Freunde und Präsidenten ist unverbrüchlich, so wie ich nie im Kriege aufgehört habe, an die großen Traditionen Amerikas, Frankreichs und Englands zu glauben. Ihr Vorkämpfer wird Ihnen gesagt haben, daß ich bis zum letzten Augenblick für die Freundschaft mit Amerika eingetreten bin und Ihr Vertrauen nicht getrübt habe. Kann es Sie als freien Vertreter eines freien Staates kompromittieren, wenn ich als Deutscher und als Mensch zu Ihnen rede? Dann lehnen Sie mich ab und sagen Sie: Ich kenne Sie nicht.

Niemals ist, solange es Weltgeschichte gibt, drei Staaten und ihren politischen Häuptern: Wilson, Clemenceau und Lloyd George, eine solche Macht verliehen worden.

Niemals, solange es Weltgeschichte gibt, ist das Sein und Nichtsein eines ungebrochenen, gesunden, begabten, arbeitsfrohen Volkes und Staates von einem einzigen Entschluß verantwortlicher Männer abhängig gewesen.

Wenn in Jahrzehnten und Jahrhunderten die blühenden deutschen Städte verödet und verkommen, das Erwerbsleben vernichtet, der deutsche Geist in Wissenschaft und Kunst veröhrt, die deutschen Menschen zu Millionen von ihrer heimatlichen Erde losgerissen und vertrieben sind: Wird dann vor dem Tribunal der Geschichte und vor dem Richterstuhl Gottes das Wort Geltung haben: Diesem Volk ist recht geschehen, und drei Männer haben dieses Recht vollzogen?

Wird diese Gewalttat eine Segenszeit der Völker einleiten? Herr Oberst, mein Leben ist vollbracht; für mich erhoffe und fürchte ich nichts mehr, mein Land bedarf meiner nicht, ich denke seinen Untergang nicht lange zu überleben. Als ein schwaches Glied eines ins Herz getroffenen Volkes, das gleichzeitig um seine späte Freiheit und den Rest seines Lebens ringt, rede ich zu Ihnen, dem Vertreter der aufstrebendsten aller Nationen.

Noch vor vier Jahren waren wir scheinbar Hresgleichen. Scheinbar, denn uns schloß, was den Staaten die Festigkeit des Daseins gibt: die innere Freiheit. Heute stehen wir am Rande der Vernichtung, die unabwendbar ist, wenn Deutschland nach dem Räte derer verstümmelt wird, die es hassen.

Denn dies muß ausgesprochen werden, klar und eindringlich, so daß jeder das Furchtbare versteht, alle Völker und Geschlechter, die jetzigen und die kommenden: Was uns angedroht wird, was der Nah und anzutun vorschlägt, ist die Vernichtung. Die Vernichtung des deutschen Lebens jetzt und in alle Zukunft.

Nicht an Ihr Mitleid wende ich mich, sondern an das Gefühl der menschlichen Solidarität. Ich weiß, niemand empfindet es tiefer als Sie und Wilson, kein Volk versteht es klarer als die große, an Freiheit und Selbstverantwortlichkeit gewöhnte amerikanische Nation: Die Menschheit trägt eine gemeinsame Verantwortung. Jeder Mensch ist für das Schicksal jedes Menschen verantwortlich, auf das er Einfluß hat, jede Nation ist verantwortlich für das Schicksal jeder Nation.

In diesen Tagen werden Beschlüsse gefaßt, die auf Jahrzehnte das Geschick der Menschheit bestimmen. Wilson hat ausgesprochen, was nie zuvor irdische Gewalt zu verwirklichen wagte: Friede, Versöhnung, Recht und Freiheit für alle. Gott gebe, daß seine Worte Wahrheit werden.

Werden sie es nicht, so trifft das alte sibyllinische Wort ein, das Plutarch uns überliefert: Auch für den Sieger wird der Sieg verberblich. Werden sie Wahrheit, so ist der Welt ein neues Zeitalter geschenkt und die unglücklichen Opfer des Krieges werden nicht verberblich.

Ich grüße Sie in menschlichem Vertrauen."

Dieser Offene Brief richtet sich nicht nur an den amerikanischen Oberst Houfe, sondern auch ganz allgemein an das Rechtsgefühl und die Menschlichkeit. Ob das in diesem Augenblick vier Millionen Menschen, die unter den heillosen Bedingungen und dem sonstigen Verhalten der feindlichen Machthaber besteht, jedenfalls wenig Hoffnung, daß es zu einem Frieden des Rechts und der Versöhnung kommen wird. —

## Volkswirtschaftliche Rundschau.

Arbeiten — oder wir gehen zu Grunde!

Der Staatssekretär des Reichsdemobilisierungsamtes, Koeth, erklärte einem Vertreter des „Vorwärts“:

Es scheint, daß die meisten von uns sich den furchtbaren Ernst unserer wirtschaftlichen Lage noch nicht hinreichend klar machen. Wir wandeln an Abgründen, die uns täglich zu verschlungen drohen, und nur größtes Pflichtbewußtsein, härteste Arbeitsanstrengung, eiserne Disziplin aller Bünnen das Volk retten. Geldtag ist uns nicht, der Volksgemeinschaft Nahrung, Licht, Wärme, Unterkunft, Kleidung zu sichern, sie trotz der ungeheurer erschwerten Verhältnisse überall ohne Unterbrechung mit dem zu versorgen, was sie dringend zum Leben braucht, dann haben wir verloren, dann haben wir zuerst Hunger, Anarchie, Bürgerkrieg, Zerfall des Reiches und nachher die Inflation rücksichtslosster Feinde.

Jeder Mann muß wissen, daß er jetzt ganz persönlich die Mitverantwortung trägt für Sein oder Nichtsein unseres Volkes und in erster Linie auch seiner selbst.

Vor allem muß jeder arbeiten — sonst gehen wir zugrunde. In der letzten Zeit ist vielfach die Arbeitsleistung gesunken. Das ist im Angesicht der ungeheuren Ereignisse begreiflich, aber wir können es uns einfach nicht leisten. Jeder muß sich aus Erregung, Ablehnung oder Unlust herausreißen und unermüdet seine Pflicht tun. Wenn z. B. ein Arbeiter, der Rohstoffe, Halbfabrikate oder Nahrungsmittel erzeugt oder Transporte bewegt, nicht mitteilt, dann kann das bedeuten, daß an anderen Stellen Volke- und Arbeitsgenossen drohen, hungern, frieren. Es müssen auch jetzt Arbeitsleistungen unbedingt vermieden werden; jeder Streik kann uns unmittelbar in die Katastrophe hineinreiben. Wenn wir keine Kohle mehr haben, weil die Bergarbeiter streiken, Regen die Betriebe still, ruht der Eisenbahnverkehr, können wir keine Lebensmittel und keine Heizstoffe mehr beschaffen. Das wäre das Ende, wäre der Tod für die Volksgemeinschaft und für zahllose einzelne Volksgenossen. Es wird jetzt auch nicht gestreikt werden müssen, denn die Verteilungen der Arbeiter sind heute stark genug, um jede wirtschaftlich überaus mögliche Forderung durchzusetzen.

Auf jeden kommt es heute an; jeder kann mitwirken, das Volk zu retten, oder kann dazu beitragen, es in unfähigen Elend hinabsinken zu lassen. Ich glaube an die deutschen Arbeiter, ich glaube, daß sie besonnen, pflichttreu und unermüdet aus der Not von heute dem Volke zu einer besseren Zukunft helfen werden.

## Richtlinien der Sozialisierungskommission.

Ueber den Arbeitsplan der Sozialisierungskommission wird amtlid mitgeteilt:

Die Kommission für Sozialisierung ist sich bewußt, daß eine Vergeßlichkeit der Produktionsmittel nur in einem länger währenden organischen Aufbau erfolgen kann. Die erste Voraussetzung aller wirtschaftlichen Reorganisation bildet die Ueberbedeutung der Produktion. Vor allem erfordert die wirtschaftliche Lage Deutschlands gebieterisch die Wiederaufnahme der Exportindustrie und des auswärtigen Handels. Die Kommission ist der Ansicht, daß für diese Wirtschaftszweige die bisherige Organisation gegenwärtig auch beibehalten werden muß. — Ebenso erfordert die Inangriffnahme der Industrie die Aufrechterhaltung und Erweiterung des Zirkulationskredits und damit die ungehörte Funktion der Kreditbanken. Im Interesse unserer Lebensmittellieferung wird auch nicht vorgeschlagen werden, in die bisherigen Besitz- und Vertriebsverhältnisse der bäuerlichen Bevölkerung einzugreifen. Hier soll durch die Landwirtschaft angepaßte Maßnahmen und durch Unterstützung der Genossenschaften die Produktivität gehoben und Intensität gesteigert werden. Dagegen ist die Kommission der Ansicht, daß jene Gebiete der Volkswirtschaft, in denen sich kapitalistisch-monopolistische Herrschaftsverhältnisse herausgebildet haben, für die Sozialisierung in erster Linie in Betracht kommen. Insbesondere muß der Gesamtheit die Verfügung über die wichtigsten Rohstoffe, wie Kohle und Eisen, zuteilen. Es soll geprüft werden, welche anderen Zweige der Produktion und Konsumtion infolge der erweiterten Konzentration geeignet sind, in die Gemeinwirtschaft übergeführt zu werden, und welche Wirtschaft weiter sonst ihrer

Natur nach, wie z. B. Versicherungswesen und Hypothekendarlehen, für die Sozialisierung in Betracht kommen. Die Kommission ist sich bewußt, daß der Erfolg der Sozialisierung abhängt von der Erhöhung der Produktivität, die durch die beste Organisation der Betriebe und Ersparung aller unnötigen Zirkulationskosten unter Leitung behörlicher Techniker und Kaufleute erzielt werden muß. Sie wird sich durch diesen Gesichtspunkt auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft leiten lassen, wo die Verfügung über die Ländereien und großen Forste der Gesamtheit zuteilen muß. Die Kommission ist der Ansicht, daß es von der Natur der Wirtschaftszweige abhängt, welche Maßnahmen für die Sozialisierung am geeignetsten erscheinen und ob die Verfügung dem Reiche, den Kommunen oder anderen Selbstverwaltungskörpern zuteilen soll, oder ob für einzelne Produktionszweige die Ausdehnung der Eigenproduktion der Genossenschaften das geeignete Mittel der Ausschaltung des kapitalistischen Profits darstellt.

In gleicher Weise werden auch die Mittel der Sozialisierung sich je nach der Natur der Wirtschaftszweige verschieden gestalten müssen. Neben der völligen Uebernahme kommen noch andere Formen der Verteilung und Kontrolle durch die Gesamtheit in Betracht. Die Kommission glaubt, daß die bisherigen Besitz für die Uebergabe ihrer Betriebe durch Umlösungsrenten entschädigt werden sollen, damit Gärten und Ungleichmäßigkeiten in der Heranziehung des Besitzes zu den politischen Entscheidungen, in welchem Umfange, vor allem auf dem Wege der Vermögensabgabe und der Besitzbesteuerung eine allgemeine Heranziehung der gesamten bestehenden Klassen erfolgt.

Die Kommission ist gewillt, von dieser allgemeinen Grundlage aus ihre Arbeit zu unternehmen und mit aller Beschleunigung ihre Vorschläge für die einzelnen Zweige der Wirtschaft zu erstellen."

## Bernstein über Revolution und Sozialisierung.

Im Linderschen Festsaal zu Rantow sprach am 5. Dezember das Mitglied der Sozialisierungskommission, Eduard Bernstein, über „Revolution und Sozialisierung“. Er führte aus:

„Die Sozialisierung darf nicht blind und toll, sondern muß systematisch angewandt werden. Es läßt sich nicht an einem Tage einfach durch Dekret sozialisieren; soll die Sozialisierung wirklich dem Allgemeinwohl zugute kommen, so gebraucht man dazu Zeit. Würden wir aber an einem Tage alles umkrempeln, so würde die Arbeiterchaft am meisten darunter leiden. Der leitende Gesichtspunkt kann nur sein, mit weniger Kraft und weniger Risiko höhere Werte zu schaffen. Die Sozialisierung ist nicht an die Form der Entgeltung gebunden; man kann auch durch Arbeiterchaft, Tarifverträge, Preisfestsetzung usw. sozialisieren. Die Arbeiterchaft muß Verdienstmöglichkeit behalten. Sogar eine allgemeine Vergeßlichkeit würde Arbeitslosigkeit und Unsicherheit des Wirtschaftslebens bedeuten. Ohne Profit raucht kein Schornstein. Neben mir dem Fabrikanten die Sicherheit und die Bereitwilligkeit, Neuerungen einzuführen, dann gehen wir rüdwärts, und eines schönen Tages steht die ganze Produktion. So war es in Rußland, wo das große Elend herrschte und die Städte fast entvölkert. Ein politisches System kann man wohl an einem Tage zerstören, aber nicht einen wirtschaftlichen Organismus zerstören. Nicht aus dem Chaos kann die Sozialisierung kommen, nicht aus einem Trümmerhaufen die sozialistische Gesellschaft aufgebaut werden. In Rußland wird die kapitalistische Republik das Ende der überstürzten Sozialisierungsversuche sein. Darum wollen wir daran festhalten: Organisch — nicht mechanisch! Systematisch — nicht schematisch! Die Lage in Deutschland ist sehr ernst, fast ernster als der Außensehende weiß. Lebensmittel und Rohstoffe fehlen, der Kredit ist gerettet. Wir müssen unsere ganze Kraft daran setzen, die Produktion wieder in Gang zu bringen, sonst sind Elend und Hunger unvermeidlich. Inzwischen hatten wir die politische Macht, das freie Wahlrecht und die Republik fest und gehen planmäßig Schritt für Schritt an die Sozialisierung.“

## Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

**Rundgebung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände.**  
Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände wendeten sich mit folgendem Aufruf an das werktätige Volk Deutschlands:

Was kann uns retten?

Uns allen droht der Untergang! Unerhörte feindliche Waffenstillstandsbedingungen und überhäufte Demobilisierung haben das Rückwerk unserer Wirtschaftsmaschine aufs Schwerste geschädigt. Arbeitsgeist und Ordnungssinn sind gelähmt; viele verbarren in Unfähigkeit. Der Ueberfüllung der Großstädte steht Arbeitsmangel in den Industriebezirken und in der Landwirtschaft gegenüber. Arbeitsmangel herrscht im Bergbau. Die Kohle ist die Kraftquelle der Volkswirtschaft. Die Kohlennot ist aufs höchste gestiegen. Die Fabriken müssen fehem. Wir müssen irren und warme Nahrung und Wohnung entbehren.

Arbeitslose, heißt Kohle fördern!

Arbeitsmangel herrscht in der Eisen- und Stahlindustrie. Eisen ist das Rückgrat des Erwerbslebens. Ohne eisernen Pfahl und Spaten keine Ueberbedeutung, keine Ernte, daher keine Nahrung. Ohne eisernen Maschinen keine Textilindustrie, daher keine Kleidung. Ohne eisernen Werkzeuge und Geräte keine Baufähigkeit, daher keine Wohnung. Ohne Eisen keine Lokomotiven, keine Eisenbahnwagen, keine Schiffe, daher kein Verkehr.

Arbeitslose, heißt Eisen schaffen!

Arbeitsmangel herrscht vielerorts im Transportgewerbe. Das Transporgewerbe ist das Triebrad des Volksebens. Unsere Verkehrsmitel sind abgenutzt, 5000 Lokomotiven und 150 000 Güterwagen hat uns die Entente weggenommen. Mit dem verbleibenden Rest müssen wir gut wirtschaften. Ohne schnelle Entlastung kein geregelter Güterumsatz.

Arbeitslose, heißt den Güterverkehr beschleunigen!

Arbeitsmangel herrscht in der Land- und Forstwirtschaft. Die Landwirtschaft ist unsere Nahrungsmutter. Kartoffeln stehen noch in der Erde und drohen zu verderben. Dem Weizen fehlt die Pflege. Getreide bleibt ungedroschen, und das in einer Zeit großer Nahrungsmittelknappheit! Bäume werden nicht gefällt, es fehlt an Bau-, Brenn- und Grubenholz.

Arbeitslose, geht in die Land- und Forstwirtschaft!

Ausgleich der Arbeitskräfte ist das Gebot der Stunde. Arbeitslose, bleibt nicht in den Großstädten! Arbeitslosigkeit wird noch lange fehlen, weil Kohle- und Hilfsstoffe nicht heranommen und Aufträge ausbleiben! In die überfüllten Fabriken der Großstädte strömen jetzt die Selbstgrauen hinein, die ein Recht auf ihren alten Platz haben.

Arbeiter, ihr habt euer Schicksal in der eigenen Hand!

Wer arbeitet, nützt sich selbst und seinen Volksgenossen. Wer nicht arbeitet, verdingt sich an der Allgemeinheit und schadet sich selbst. Noch nie in seiner Geschichte war das deutsche Volk auf Geduld und Verberben so auf gemeinsame Arbeit angewiesen, wie in den nächsten Wochen und Monaten.

Volksgenossen, erkennt und lübt wahre Solidarität!

Stärkt den Arbeitswillen und das Verantwortungsgefühl, sonst macht ihr euch mitschuldig am Untergang unseres Volkes. Arbeitslose, melde euch bei den Arbeitsnachweisern und hole euch Rat bei den Demobilisierungsausschüssen in den Städten und Landkreisen. Bei Arbeitslosigkeit ist freie Eisenbahnfahrt aus öffentlichen Mitteln gewährleistet.

## Lohnerhöhung für die Bergarbeiter im Ruhrbergbau.

Am 13. Dezember fanden wiederum Verhandlungen mit den dem Zechenverband in Essen angeschlossenen Bergarbeitern statt, die fünf Stunden in Anspruch nahmen. An den Verhandlungen nahmen Vertreter der vier Bergarbeiterverbände teil; von unserem Verband die Kameraden Sasse und Wihmann. Es war wirklich sehr schwer, die Werkschergen zu abermaligen Zugeständnissen zu bewegen. Die Herren Sagenberg, Stinnes und Rirdorf schülberrten die Lage des Unternehmens und führten verschiedene Beispiele von Zechen an, denen es unglücklich sei, so wie sie heute stünden, Zulagen zu bewilligen. Die Stellung der Kohlenausfuhr ins Ausland trage dazu bei, die Lage zu verschlechtern, denn für die Auslandslohlen würden 2 Mark pro Tonne mehr gezahlt und resultierten daraus mit die bisherigen Wertigkeiten. Die Bergarbeiter wiesen dagegen auf den Ernst der Lage hin und betonten, die Belohnung der Bergarbeiter besonde das Risiko und die unglückliche betrefte, alles aufgebraucht sei und bekanden darauf eine weitere Lohnsteigerung eintreten müsse.



Nach langer Aussprache und nachdem die Werksvertreter eine Besprechung unter sich abgehalten hatten, ergab sich, daß Lohnverhöhungen nur dann zu erreichen waren, wenn eine entsprechende Kohlenpreiserhöhung dies ermöglichte. Bei dieser Gelegenheit kamen auch die Zugeständnisse des Generaldirektors Jakob von der Reche Deutscher Kaiser zur Sprache, wonach 19,50 M. Sauerberglohn gewährt werden sollen. Das Spartakusblatt "Freiheit" hatte mit den von seinen Genossen erzielten Erfolgen das Ruhrgebiet erfüllt und die Bergarbeiter anderer Bezirke hatten sich dadurch bewegen lassen, dasselbe zu verlangen. Herr Generaldirektor Jakob erklärte darauf, daß er nur unter Protest der Forderung der Spartakusleute nachgegeben habe. Man habe mit Gewalt gedroht, und um Leben und Eigentum zu schützen, habe er den Forderungen nachgegeben. Die abgegriffenen Zugeständnisse könnten aber nicht gehalten werden, dazu sei die Gewerkschaft Deutscher Kaiser finanziell nicht in der Lage. Dies müßten sich die Bergarbeiter merken, die sich von den angeblichen großen Erfolgen in Hamborn betäuseln ließen. Es war dieselbe Masche, wie die Verhaftung von Silenus und Thyllen, hervorgehen von unverantwortlichen Leuten, die glauben, in heuliger Zeit Recht und Moral nicht mehr beachten zu brauchen.

Die Bergarbeitervertreter wiesen darauf hin, daß sie und die ihren Organisationen angehörenden Bergarbeiter immer befreit gewesen seien, abgeschlossene Vereinbarungen zu halten, doch müsse auch von den Werksvertretern die Notlage der Bergarbeiter anerkannt und alles getan werden, um die jetzige schlimme Zeit überleben zu können. Die Verhandlungen seien wiederholt zu scheitern, da immer wieder Vertreter einzelner Werke erklärten, eine weitere Lohnverhöhung nicht tragen zu können. Die Kohlenpreiserhöhung sei schon nötig, um bei den bisherigen Zuständen den Betrieb aufrecht zu erhalten. Sie wiesen auf die zurückgebliebene Leistung hin, was wieder lange Darlegungen hervorrief. Die Vertreter der Bergarbeiterorganisationen verwiesen auf das Ausbleiben der Kriegsgefangenen, den Mangel an Waagenstellung, die mangelhafte Luftzuführung und viele andere Erscheinungen, welche die Leistung beeinträchtigten. Die Bergarbeiter wühlten sehr gut, daß, wenn keine die Kohlenförderung stöcke, der Lebensnerv der deutschen Republik abgeschnitten werde und unendlich Elend über die deutsche Bevölkerung hereinbreche. Jeder vernünftige Bergarbeiter wisse alles, um dies abzuwenden, dazu müsse von den Werksvertretern durch weiteres Entgegenkommen mitgewirkt werden. Es kam sodann folgende Vereinbarung zustande:

Die anwesenden Vertreter des Zechenverbandes erklärten sich bereit, dafür einzutreten, daß ab 1. Januar 1919 eine weitere Lohnverhöhung gewährt wird, die 15 Prozent auf den Durchschnittslohn betragen soll, wie er sich nach den früheren Vereinbarungen für Dezember stellen wird. Diese Zulage wird gemacht im Vertrauen darauf, daß die Vertreter der Bergarbeiterverbände die erforderliche Preiserhöhung für Kohlen, Koks und Breits mit den Zechenbesitzern durchsetzen werden.

Ab 1. Januar 1919 tritt also eine 15prozentige Lohnverhöhung ein, und zwar für alle Arbeiterkategorien. Wir haben heute schon eine Anzahl Zeichen, wo der Durchschnittslohn für Sauer und Lehnauer 15,60 Mark beträgt; der Vereinbarung gemäß muß auf diesen Zeichen der Durchschnittslohn ab 1. Jan. 17,94 M. betragen, demgemäß der Mindestlohn gleich 14,32 M. Bei den anderen Arbeiterklassen tritt ebenfalls die 15prozentige Lohnaufschlag ein. In den Kameraden liegt es nun, darauf zu sehen, daß die Vereinbarungen gehalten werden. Sie müssen auf den Zeichen den Durchschnittslohn für Dezember feststellen und darauf sehen, daß im Januar ein 15prozentiger Lohnaufschlag für alle Arbeiter eintritt. Es muß aber auch dafür gesorgt werden, daß von uns aus die Vereinbarungen gehalten werden. Die Bergarbeiter dürfen sich nicht von unverantwortlichen Leuten zu unerfüllbaren Forderungen, zu Arbeitsüberforderungen hinziehen lassen.

In alle einschlägigen Bergarbeiter richten wir die bringende Mahnung: Folgt denen nicht, die ein allgemeines Chaos heraufbeschwören wollen; denkt an eure Familien! Wenn auch diese Gesellen, die heute ihr verderblich Spiel treiben, ins Elend getrieben hätten, ihr würdet sie dann vergebens suchen. Folgt der Stimme der Vernunft, helft mit, daß die Vereinbarungen gehalten werden, und wenn Wahnsinnige und Schreier euch zum Vernichten, zum Niederreißen auffordern, sagt ihnen, daß ihr während der Kriegszeit Elend genug gelitten und daß es Zeit wird, zur Wiederkehr von geordneten Verhältnissen. Stärkt die Organisation! Davon mit auf, denn dazu ist es höchste Zeit! Habt ein gutes Augenmerk auf die Gestalten, die sich früher niemals um euch kümmerten, habt den Mut, den Pfaffen-dreschen entgegenzutreten, die die Vernichtung als ihre Aufgabe betrachten! In späteren Verhandlungen mit dem Zechenverband werden weitere schwebende Fragen erledigt werden. Nun ruht den Erfolg aus, werbt weitere Mitglieder! Halte die Augen offen, daß nicht gewissenlose Menschen das in einigen Tagen zerstören, was in Jahrzehnten aufgebaut wurde!

**Aus dem Kreise der Kameraden.**  
**Oberbergamtsbezirk Dortmund.**

**Verräter!**

Wer an der Front Verrat geübt  
An seinen Kampfgenossen,  
Wird — wie beim Lumpen es geübt —  
Nach kurzem Rot erschossen.  
Verteigert werden ihm sodann  
Des Kriegers letzte Ehren:  
Man scharft ihn ein wie jeden Hund,  
Der fiend an Eiterwürden.  
Kein Kreuz von Kameradenhand  
Schmückt seine hohle Brust!  
Man scharft ihm übers Grab hinaus  
Und nimmt ihm so die Ruhe.  
Wist du — der du uns ferne heißt —  
Dem Verräter nicht vergleichbar?  
Denn hier du nicht — wie es sollt sein —  
Dem Kameraden erstorb.

B. W.

**Freiwillig Kamt!**

Am 7. Dezember starb in Salmerich nach längerem Leiden unser Kamerad Friedrich Kamt im Alter von 47 Jahren. Bei dem Wiederaufleben unserer Zeitschrift im Jahre 1898 war er einer der ersten, die sich der Sache des Verbandes annahmen. Jahrelang hat er in vorderster Reihe mitgewirkt. 1909 wurde K. durch ein Lungenerleiden zum Javaliden und trat deshalb aus der Ortsverwaltung aus. Als aber beim Ausbruch des Krieges die Mitglieder der Ortsverwaltung zum Heeresdienst eingezogen wurden, übernahm er nochmals die Leitung unserer Zeitschrift bis zum Sommer dieses Jahres. Sein offenes, ehrliches Wesen machte ihn bei jedermann beliebt und sichert ihm ein ehrendes Andenken.

**Nur die Kohle kann uns retten!**

Der Arbeiter- und Soldatenrat für den Stabs- und Landkreis Hamm l. Heft. schreibt:  
Bergarbeiter, Kameraden! Die junge Freiheit ist in Gefahr! Die Eigenschaften der Revolution können nur gerettet werden, wenn ihr die Republik die notwendigen Kohlen liefert. Die überstürzte Demobilisation erschüttert unter Wirtschaftskrisen bis ins Mark. Nur Kohlen können innerhalb weniger Wochen in die Heimat zurück. Für die Kohlen- und Kokspreise ist es notwendig, daß die Kohlenförderung hängt es ab, ob die Eisenbahn ihre Strecken ausgebaut werden können.

**Von der Kohlenförderung ist der Transport aller übrigen Rohstoffe und Güter abhängig.**

Von der Kohlenförderung hängt es ab, ob die Industriearbeit aufrecht erhalten und gesteigert werden kann, damit die heimkehrenden Soldaten Lohn und Brot finden.

Ohne die notwendigen Kohlen werden wir dem Abgrund und dem Zusammenbruch zu.

Die Republik braucht doppelt soviel Kohlen als augenblicklich gefördert werden.

Kameraden, Freiheitkämpfer! Daß die soziale Republik nicht scheitern. Ihr seid das Fundament der Revolution. Von eurer Leistung hängt der Erfolg ab. Von eurem guten Willen und eurer Einsicht hängt es ab, ob unsere Zukunft auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit aufgebaut werden kann, oder ob wir zugrunde gehen. Jede Beeinträchtigung der Kohlenförderung schädigt zurzeit die soziale Republik ebenso sehr wie die Zechenbesitzer. Wenn so viele von uns an das Pflichtgefühl der Arbeiter appellieren, wenn wir uns an die Einsicht und an das Verantwortlichkeitsgefühl der Betriebsleitungen. Wir ersuchen dringend im Interesse des Aufbaues unserer Volkswirtschaft, alles zu unterlassen, was die Kohlenförderung beeinträchtigen könnte. Auch die Betriebsleitungen dürfen keine Sabotage treiben. Auch dürfen nicht gerade jetzt die bisher liegenden unproduktiven Kohlen ausgenutzt werden, sofern das irgend noch zu verantworten ist. Alle Wertungsverschiebungen über Lohnfragen und Arbeitsverhältnisse müssen durch Verhandlungen mit den Arbeiterausschüssen und den zuständigen Organisationen geschlichtet werden. Ein gerechter Ausgleich liegt im beiderseitigen Interesse.

Jede Tonne Kohlen, jeder rollende Wagon, jede schaffende Hand ist jetzt ein Werkzeug der Freiheit und einer besseren Zukunft!

**Was die holländischen Bergarbeiter sagen.**

Unser holländisches Bruderblatt, "De Mynerker", schreibt:  
Der alte Verband hat vom 1. Dezember 1918 ab einen Minimumlohn und den Achtstundentag erzwungen. Trotzdem streiken die Bergarbeiter im Ruhrgebiet auf verschiedenen Zeichen. Auf der Zeche Deutscher Kaiser verlangen die Bergarbeiter einen Durchschnittslohn von 19,50 M. und einen Minimumlohn von 17 M., auf anderen Zeichen mehr oder weniger. Ein selbstherrliche Auftreten und diskriminierende Vorgehen kann durch den Vorstand des alten Verbandes nicht anerkannt werden. Unsere Auffassung ist, daß augenblicklich das, was durch die Bergarbeiter gefordert wird, durch die Industrie nicht getragen werden kann und die Folge ist, daß das, was durch den Verband erzwungen ist, vielleicht wieder verloren geht. Auch ist es möglich, daß die Franzosen das Ruhrgebiet besetzen und es gerade so machen, wie sie es im Saarrevier gemacht haben, wo der alte Verband ebenfalls den achtstündigen Arbeitstag erobert hat, der aber wieder durch die Franzosen eingeleitet ist. Dann können auch die Ruhrbergarbeiter für die Gegner arbeiten. Weiterhin muß das Auftreten der Arbeiter auf Deutscher Kaiser aufs schärfste verurteilt werden. Auf Deutscher Kaiser haben sie mit Gewalt, durch Ausschließen von Wertschönungswerten, eine Lohnverhöhung erzwungen, die die Zeche nicht bezahlen kann; moralisch ist das abstoßend zu beurteilen. Wenn unsere deutschen Kameraden nicht zur Besinnung kommen, ist zu erwarten, daß für Jahrzehnte verloren geht, was jetzt mit viel Mühe und Kosten erzwungen ist. Wir bedauern es, daß die Bergarbeiter jetzt in dieser Revolutionzeit von der ganzen Geschichte einen Lobstreik machen und das, was durch die Revolution erzwungen ist, wie Bewegungsfreiheit und die weitgehend durchgeführte Demokratie, in die Waagschale legen. Es ist Pflicht eines jeden Bergmanns, jetzt dafür zu sorgen, daß die Revolution festgelegt wird und sich alle hinter ihre Führer stellen.

**Spartakuskreise auf Deutscher Kaiser.**

Das Spartakusblatt "Freiheit", welches seit kurzem in Wäghelm-Nahe erscheint, berichtet in Nr. 8 vom 10. Dez. von einem vollen Siege der Bergarbeiter auf Zeche Deutscher Kaiser. Daraufhin sei beschlossen worden, die Verhandlung nicht mehr anzuerkennen, sondern die Bergarbeiterinteressen durch den Arbeiterrat vertreten zu lassen. Die Sauerbergner Spartakusgruppe hält die Art des Vorgehens der Bergarbeiterverbände nicht mehr für zutreffend. Eine Bekanntmachung, die auf Zeche Deutscher Kaiser von der Werksleitung ausgeht, bezieht sich darüber, mit welchen Methoden diese Spartakusgruppe es verstanden hat, "Erfolge" zu erzielen. Die Bekanntmachung lautet:

Nachdem die Werksleitung der Gewerkschaft Deutscher Kaiser in der schärfsten Weise angedeutet hat, ohne Rücksicht auf Personen und Eigentum (Sabotage der Bergbauanlagen) ihre Forderungen zu erzwingen und nachdem der Arbeiter- und Soldatenrat erklärt hat, daß er keine Verantwortung für die Sicherheit der Anlagen übernehmen kann, falls die Forderung abgelehnt wird, erklären wir, daß wir die Forderungen unter Protest ablehnen, um weiteres Unheil von der Zeche und der Stadt Hamborn abzuwenden.

Auf diese Art und Weise ist es also gelungen, einen Sauerberg-Durchschnittslohn von 19,50 M. und auch für die anderen Arbeiterklassen Zugeständnisse zu erzwingen. Abgesehen davon, daß die so erzwungenen Zugeständnisse nicht bindend sind, muß die Art des Vorgehens aufs schärfste verurteilt werden. Der Tag wird kommen, wo sich das rächen wird. Dann werden die Bergarbeiter von Deutscher Kaiser vergeblich nach den Spartakusratgebern Umschau halten.

**Gefinnungszüchterei führt zur Gefinnungslumperei.**

Das zeigt mit aller Klarheit folgendes Schreiben, welches unserem Annaparschafsteleuten Theis in Lütgendortmund zuging:

Lütgendortmund, den 7. 12. 1918.  
Geehrter Herr Theis! Nach reichlichem Ueberlegen bin ich zu dem festen Entschluß gekommen, mich aus dem Verbande zu ziehen und die Mitgliedschaft zu beenden. Da ich die Mitgliedschaft habe die Vergütung zu befragen, würde eine Verbandsangehörigkeit sich meinem Fortkommen hindern in den Weg stellen. Wie Sie wohl wissen werden wird die Aufnahme auf der Vergütung von der Nichtzugehörigkeit zum Verbande abhängig gemacht. Anders verhält sich die Sache, wenn alles organisiert sein müßte. Dar nach Äußerungen von Kameraden und auch Ihren Äußerungen der Meinung. Wenn dieses der Fall gewesen wäre, so hätte das auch für mich weiter keinen Nachteil gehabt. Wie ich nun aus der Zeitung gelesen, wird keinerlei Zwang ausgeübt. Dann auch darum nicht anders handeln. Meine Meinung hat sich durch dieses alles in keiner Weise geändert. Und hoffe ich, daß Sie diese meine Gründe verstehen und nicht falsch über mein Handeln denken. Vom heutigen Tage ab betrachte ich mich nunmehr als nicht dem Verbande angehörig.  
Verbleibe mit aller Hochachtung!  
Mitgliedkarte füge ich ergebenst bei." W. X.

Das Schreiben offenbart eine geradezu heillose Stittendverwilderung. Ohne daß ihm die Tragweite seines Handelns scheinbar auch nur zum Bewußtsein kommt, teilt dieser junge Mensch mit, daß er zum Heuchler und Gefinnungslumpen werden will, um auf die Vergütung zu kommen. Dabei hat die von den herrschenden Schichten systematisch betriebene Gefinnungszüchterei und Gefinnungszüchterei geführt: zur Gefinnungslumperei. Hat der Satz galt: "Freie Bahn dem Tüchtigen!", sondern der Satz: "Freie Bahn dem Gefinnungszüchtigen!" Da wurde nachgedrückt, ob die Urgroßmutter blaue, schwarze oder rote Ohren hatte. Und das Ergebnis dieser Nachprüfung war entscheidend. Selbstverständlich mußte das zur Gefinnungslumperei und Stittendverwilderung führen, wie sie in dem vorstehenden Schreiben dem Schreiber scheinbar ganz unbewußt zum Ausdruck kommt. Das aber ist das Schlimmste, daß diese Stittendverwilderung nicht ins Bewußtsein tritt, sondern sich völlig nach öffentlichem Braut macht. Aus diesem Grunde sind sie meist alle gefinnig, die auf die Vergütung kommen wollen. Auch sonst ist es nicht anders, überall die gleiche Erscheinung. Ueber die entscheidende Stittendverwilderung, die sich besonders während der Kriegszeit fast allgemein zeigte, braucht man sich daher nicht zu wundern. Sie wurde von den herrschenden Schichten mit allen, auch mit Staatsmitteln systematisch großgezogen.

**Oberbergamtsbezirk Bonn.**

**Vereinbarungen im hiesigen Braunkohlenbergbau.**

Protokoll über die Besprechung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter in der Braunkohlenindustrie vom 29. November 1918.  
Anwesend sind: 1. Regierungspräsident v. Starck; 2. als Vertreter der Arbeitgeber und zwar des Arbeitgeberverbandes im rheinischen Braunkohlenbergbau: Generaldirektor Silberberg, Direktor Herbig, Generaldirektor Dr. Fiedler, Direktor Mast und Direktor Dellert; 3. als Vertreter der Arbeitnehmer: Aug. Saas, Kartell der freien Gewerkschaften, Otto Matzke, Zentralverband der Bergarbeiter und Geiger, Sambloch, Rosenbaum, Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Rothhäuser, Moll, Gewerkschaftsgründlicher Bergarbeiter, Frau Bukmann, Größlicher Metallarbeiterverband, Josef Feder, Zentralverband Größlicher Bauarbeiter; 4. Geheimrat Regierungs- und Gewerberat Zilling, Regierungsrat vom Rath als Referent, Regierungsrat vom Rath auch als Protokollführer.

Zu einer Besprechung über die Arbeitszeit und die Lohnverhältnisse im Braunkohlenbergbau waren die vorbezeichneten Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer heute im Regierungsgebäude Köln zusammengetreten. Das Ergebnis der Verhandlungen war folgendes:

1. Die Vertreter des Arbeitgeberverbandes erklärten, sie versicherten nachdrücklich, daß sie eine Arbeitszeit von 48 Stunden in der Woche einführen würden, sobald die technischen Voraussetzungen dafür vorlägen und eine Anhebung der verheerenden Arbeiterzahl möglich sei. Die technischen Voraussetzungen behandelte darin, daß zur Herbeiführung von drei Schichten anstatt der jetzt üblichen zwei Schichten eine Vermehrung der Beamten und Sacharbeiter um je 2 und der ungelerten Arbeiter um 2 möglich sei. Für die Anhebung der Arbeiter müsse eine Zahl von einigen tausend Wohnungen hergestellt werden. Außerdem würde die Einführung der drei Schichten eine Steigerung der Kosten von etwa 5,25 M. pro Tonne zur Folge haben.

Die Vertreter der Arbeitnehmer erklärten, sie erkannten an, daß der sofortigen Einführung der achtstündigen Arbeitszeit im Braunkohlenbergbau unüberwindliche Schwierigkeiten im Wege ständen, daß die Unternehmer mit Rücksicht die Vorarbeiten zur Einführung des Achtstundentages in Angriff nähmen.

Für die Uebergangszeit bis zur Einführung der achtstündigen Arbeitszeit trafen die Parteien folgende Vereinbarung:

Mit Wirkung ab 1. Dezember wird der Schichtlohn für erwachsene männliche Arbeiter über 16 Jahren um 2 M. für die Schicht, für Jugendliche und Frauen um 1 M. für die Schicht erhöht. Die Bedinge erfahren eine entsprechende Verbesserung.

Die Vertreter der Arbeitgeber erklärten weiter, daß diese Zulage eine Zulage für die Uebergangszeit darstellt, daß bei der Einführung der achtstündigen Arbeitszeit wieder die ursprünglichen Schichtverdienste eintreten müssen.

Demgegenüber erklärten die Vertreter der Arbeitnehmer, daß bei der wirklichen Einführung des Achtstundentags die Schichtlöhne sich nach den abkamm herrschenden wirtschaftlichen Verhältnissen richten müssen. (Folgen unterschrieben.)

In diesen Vereinbarungen ist zu bemerken: Vor dem Kriege hatte der hiesige Braunkohlenbergbau, unter Zuzurechnung von etwa 2500 Ausländern, eine Belegschaft von 12 000 Mann, die in der Kriegszeit auf 17 000 stieg. Durch den Wegfall der Kriegsgefangenen und Arbeiterverlusten gehen 7000 Arbeitskräfte verloren. Dieser Abgang muß ersetzt werden, um den gegenwärtigen Stand der Kohlenproduktion zu sichern. Zur Einführung der dritten Schicht wäre eine vermehrte Arbeiterzahl um 6000 notwendig. Die Beschaffung derselben, ihre Unterbringung und Verpflegung ist zurzeit besonders schwierig. Geeignete Wohnungen fehlen, selbst dann, wenn alle Baracken der Kriegsgefangenen zu Wohnungen umgebaut werden. Bei den Verhandlungen haben die Organisationsvertreter die Arbeitgeber verpflichtet, mit Hochdruck die Vorarbeiten zur Einführung der Achtstundenschicht in Angriff zu nehmen. Dr. Silberberg erklärte, daß die Rheinische Aktiengesellschaft sofort mit dem Bau von 80 Familienhäusern beginnen werde.

Aus den dargelegten Gründen konnte der Achtstundentag sofort noch nicht eingeführt werden. Weil dies nicht möglich war, forderten die Arbeitgebervertreter die formelle Anerkennung des Achtstundentages und die besondere Vergütung der Ueberstunden. Diese Forderung ist nicht ganz erreicht worden. Alle erwachsenen Arbeiter über 16 Jahre erhalten aber pro Schicht 2 Mark Lohn; oder eine dementsprechende Gehaltsverhöhung, und die Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter pro Schicht 1 Mark Lohnverhöhung. Wenn auch das Zugeständnis nicht allgemein befriedigt, so darf nicht verkannt werden, daß es ein Erfolg ist, der den meisten Arbeitern pro Monat 30 Mark Lohnverhöhung gebracht hat. Dieser Erfolg ist nur der Organisation zu danken.

**Saargebiet und Reichslande.**

**Achtstundenschicht im Saarbergbau aufgehoben.**

Für die Saarbergarbeiter war die Achtstundenschicht ebenfalls aufgehoben worden. Als die sofortige Einführung von den Saarbergarbeitern gefordert wurde, hat nach Verichten der Besse der französische Kommandant abtnehmend geantwortet. In einer Besprechung mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen machte er darauf aufmerksam, daß in Frankreich die Arbeitszeit im Bergbau bedeutend länger sei, als in Deutschland. Dort müßten die Bergleute 10 Stunden täglich arbeiten. Angesichts der großen Notlage, die in Frankreich und auch in Deutschland herrsche, gehe es nicht an, die Arbeitszeit zu verkürzen. Er könne daher die Achtstundenschicht nicht in Aussicht stellen. Auf die Bemerkung, daß die Achtstundenschicht in Deutschland und auch in der benachbarten Pfalz bereits eingeführt sei, erklärte der französische Kommandant, daß die Achtstundenschicht in der Pfalz vor dem Eintritt der Besetzung eingeführt wurde. Nach der Besetzung würden im besetzten Gebiet die Arbeits- und Schichtverhältnisse wieder wie im Saarrevier geregelt. Weiglich der Lebensmittel könne er aber sagen, daß die Versorgung gut gestaffelt würde, wenn die Bergarbeiter tüchtig Kohlen liefern. Unter der Lebensmittellage hätten die Bergarbeiter sehr gelitten und dieser solle sobald wie möglich abgeholfen werden.

Aus dem Vorgehen der Gegner im Saarbergbau können die Ruhrbergarbeiter ersehen, was sie zu erwarten haben, wenn die schädliche Besetzung sich auch auf den Ruhrbergbau ausdehnt. Wir müssen darum dringend vor wilden Streiks warnen, die den Gegnern den Vorwand zum Einmarsch geben können. Die Bergarbeiter, die sich über alle Vereinbarungen und ihre Organisationen hinwegsetzen, stützen ein hohes und gewagtes Spiel, für das sie die Verantwortung nicht tragen können.

**Verbandsnachrichten.**

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 51. Woche (vom 15. bis 21. Dezember 1918) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Entrichtung der Beiträge.

**Schichtzeit vor heißen Orten.**

Die Kameraden, welche vor heißen Orten arbeiten, vor denen laut Gesetz oder Verordnung nur 6 Stunden gearbeitet werden darf, klagen oft darüber, daß sie so lange auf die Ausfahrt warten müssen. Auf manchen Zeichen soll das so lange hingezogen werden sein und so oft vorkommen, daß es nach Schilane aussieht. Wir eruchen die Mitglieder dringend, uns alle Fälle zu melden, wenn sie nach sechsständiger Schicht vor heißen Orten nicht gleich ausfahren dürfen. Der Vorstand.

**Statut betreffend.**

Die Verbandsstatuten sind infolge der tiefsten Kassenleere vergriffen. Es kann jetzt auch wegen dem großen Papiermangel kein vollständiges Statut mehr herausgegeben werden, sondern es kann nur ein Auszug mit den wichtigsten Bestimmungen gedruckt werden. Die für Frühjahr 1919 in Aussicht genommene Generalversammlung wird unser Statut stark ändern. Dann soll sofort ein vollständiger Neudruck hergestellt und an alle Mitglieder zur Verteilung gelangen. Bis dorthin behelfe man sich bitte mit dem Statutsauszug. Den Bedarf an solchen melde man uns jetzt schon, damit beim Versand die richtige Zahl geschickt werden kann und jedem neuen Mitglied, welches noch kein Statut erhielt, ein Auszug ausgehändigt werden kann.

**Krankenunterstützungs-Auszahlung.**

Brottop III. Die Auszahlung der Krankenunterstützung erfolgt jeden dritten Sonntag im Monat von 10—12 Uhr 6 im Kassierer Paul Meier, Eugenstraße 8.  
Friedenshütte. Krankenunterstützung wird jeden Sonntag nach dem 1. und 15., nachm. von 2—5 Uhr in der Wohnung des Kameraden Theodor Schiel, Rorkstraße 9, ausgezahlt.  
Bormholz-Durchholz. Die Auszahlung der Krankenunterstützung erfolgt jeden zweiten Sonntag im Monat.

**Abwesenheitsänderungen.**

Bork-Beim. Als Kassierer fungiert jetzt der Kamerad Hermann Stielcher, Selma-Belung, Steinstraße 4, r.  
Grube Wurga. Als Vertrauensmann fungiert jetzt der Kamerad Wilhelm Laubert, Kirchstraße 74, als Kassierer Konrad Wuyt, Viktoriastraße 68.

**Lafchen-Kalender sind vergriffen, Belegungen können nicht mehr angenommen werden!**

Die Bergarbeiter von Otto Bus (2 Bände 8 M.) sind noch von uns zu beziehen.

G. Hausmann & Co., Bochum i. W., Wiemelhauser Straße 42.